JÜDISCHE WOCHENSCHAU

PUEYRREDON 2190 — 1º izq.

La Semana Israelita

T. E. 83 - 2613

Año XXIX — BUENOS AIRES, VIERNES 26 DE ENERO DE 1968 — Nº 2253

Die unwirtliche Heimat

von JEHUDA GOTTHEIMER

Zu den Fragen des Entschädigungsrechts, die einer weiteren gesetzlichen Regelung bedürfen, — vgl. hierzu unseren Artikel über „Geschichte und Recht" — gehört der zur traurigen Berühmtheit gelangte Paragraph 160 des BEG, der lautet:

„Der Verfolgte, der bei Inkrafttreten dieses Gesetzes Staatenloser oder Flüchtling im Sinne der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 ist und von keinem Staat oder keiner zwischenstaatlichen Organisation wegen des erlittenen Schadens durch Zuwendungen laufend betreut wird oder durch Kapitalabfindung betreut worden ist, hat Anspruch auf Entschädigung für Schaden an Körper oder Gesundheit und für Schaden an Freiheit." —

Unter diese Bestimmung fallen alle jene Juden, die nach dem Krieg Polen oder andere Oststaaten verlassen hatten und in den folgenden Jahre in westeuropäische oder überseeische Länder ausgewandert sind, und die ihren Wohnsitz am „Stichtag" nicht in Deutschland hatten. Viele der Ueberlebenden haben ihren Freiheitsschaden und Gesundheitsschaden unter dem Schutz des Paragraphen 160 erhalten, ohne dass es zu den geringsten Schwierigkeiten gekommen wäre, bis ... vor etwa zwei Jahren der Bundesgerichtshof und einige Oberlandesgerichte entdeckten, dass es in Wahrheit weder Staatenlose noch Flüchtlinge i. S. der Genfer Konvention geben würde, dass wenigstens die überwiegende Mehrheit aller Juden, deren Ansprüche noch nicht erledigt sind, nicht unter diese Bestimmung fallen, deswegen also kein Recht auf Entschädigung haben...

Diese höchstrichterliche Spruchpraxis hat bereits zu einer Reihe gröbsten Unrechts geführt. So haben die Senate des OLG Koblenz den Ehemann abgelehnt, weil er weder staatenlos noch Flüchtling sei, die Ehefrau aber als solche anerkannt und entschädigt. Da die polnischen Juden, wie die Gerichte jetzt meinen, alle polnische Bürger gewesen sind und durch Krieg und Verfolgung ihre polnische Staatsbürgerschaft niemals verloren haben, waren sie beim Verlassen Polens nicht Staatenlose, sondern eben Polen. Sie waren auch keine Flüchtlinge, denn hierzu wäre es erforderlich, dass sie ihr Heimatland aufgrund eines Staatsunrechts verlassen hätten. Wenn es auch im Nachkriegspolen Pogrome und mitunter andere judenfeindliche Aktionen gegeben habe, sie seien von der Bevölkerung, nicht aber vom Staat ausgegangen. Es läge demzufolge kein Staatsunrecht vor, dem man hätte entfliehen müssen.

Wenn gar ein Jude aus Polen in Paris oder Brüssel einen polnischen Pass bekommen hat, dann kann er weder als Staatenloser noch als Flüchtling angesehen werden, denn der polnische Pass weise ihn als polnischen Bürger aus. Dass häufig diese Pässe den Vermerk enthielten, nicht zur Rückkehr nach Polen berechtigt, ist zutreffend, aber nicht immer bedeutsam besonders dann nicht, wenn etwa der Passinhaber um eine Verlängerung nachgesucht habe. Dann habe er sich ohne Zweifel nach der Meinung dieser Gerichte unter den Schutz seines Heimatlandes gestellt, sei also weder staatenlos noch Flüchtling.

Dass zahlreiche Nazis nach dem Krieg mithilfe von sogen. Vatikanpässen flüchteten, hat sie wohl nicht zu Bürgern des Vatikanstaates gemacht, sondern diese Herrschaften, da sie vom Arm der Gerechtigkeit „bedroht" waren, in sichere Gefilde gerettet. Davon haben die hohen Herren bei den deutschen Gerichten noch nichts gehört. Aber wenn Juden aus Polen geflohen sind und sich hierbei der polnischen Pässe bedienten, so waren das nicht Legitimationspapiere als Staatsbürger, sondern Dokumente mit deren Hilfe man gerade aus dem Staat entfliehen konnte und wollte, zu dessen Staatsangehörigen die deutschen Gerichte die polnischen Juden jetzt machen wollen. Vielleicht ist die Parallele nicht in allen Punkten zutreffend, aber auch die deutschen Juden sind mithilfe ihrer deutschen Pässe aus der Nazihölle entflohen. Durch die Entgegennahme eines deutschen Passes wollte sich auch nicht einer von ihnen unter deutschen Schutz stellen, sondern im Gegenteil ins Ausland entkommen, um dort von anderen Hilfe vor seinem ungastlichen Heimatland zu finden.

Diese absurden höchstrichterlichen Argumentationen muten wie ein Spiel im Finsteren an, als ob Argumente gesucht werden berechtigte Ansprüche, die in tausenden anderer Fälle bereits anerkannt sind, einfach auf kaltem Wege abzudrehen. Mitunter kommen diese Gerichte zu grotesker Feststellungen. Im Fall einer Jüdin aus Czernowicz, die von dort vor den Russen nach dem Krieg nach Bukarest entfloh, erklärt das Gericht, die Frau sei nicht nur rumänische Bürgerin, sondern auch sowjetische, was ihr bis dahin völlig unbekannt gewesen ist. Hat doch das Gericht nach langwierigen Untersuchungen ausfindig gemacht, dass die Russen nach dem Krieg und nach der Besetzung von Czernowicz ein Dekret erlassen haben durch das den Czernowiczern das sowjetische Bürgerrecht verliehen worden sei. Wie kann also eine Sowjetbürgerin (wider Willen) staatenlos sein?, fragt der „hohe Senat", der so hoch ist, dass er garnicht sieht und noch weniger versteht was auf der Erde vor sich geht...

Mit einem Dunst grosser Gelehrsamkeit gehen die Richter an ihre Aufgabe, mit Sicherheit den historischen Hintergrund des Dramas der Juden im Nachkriegspolen aufzuhellen. Dies geschieht „in dem Bestreben nach grösserer formeller und materieller Gerechtigkeit", wie das OLG Düsseldorf erklärte, und was an sich begrüssenswert ist. Wie sieht nun die „grössere Gerechtigkeit" aus?

Die Untersuchungen und Ausführungen bewegen sich in dem nun schon üblichen Rahmen, dass die Klägerin nicht staatenlos sei, weil sie während des Krieges, wo sie nicht in Polen war, die polnische Staatsangehörigkeit nicht verloren habe, usw. Nur das Uebliche wird bis zur Eintönigkeit wiederholt. Der erkennende Senat hat in Uebereinstimmung mit dem BGH, so heisst es weiter, bereits wiederholte Male festgestellt, dass „die vorübergehende militärische Niederwerfung und Besetzung Polens während des Zweiten Weltkrieges nicht zum Verlust der polnischen Staatsangehörigkeit führen" konnte. Grosszügig setzt sich der Senat z. B. über die Tatsache hinweg, dass es einen polnischen Staat „während der vorübergehenden Niederwerfung und Besetzung Polens" garnicht mehr gegeben hat, usw.

Ziehen wir doch einmal eine Parallele mit dem neuen deutschen Rechtsstaat dessen Richter so grossartige Entscheidungen über das Staatsangehörigkeitsrecht anderer Völker treffen. Durch eine Verordnung des nazistischen Unrechtsstaates haben die ehemals deutschen Juden ihre deutsche Staatsbürgerschaft verloren. Sie wurden ausgebürgert. Nach Beseitigung des Unrechtsstaates und dem Wegfall aller unrechtmässig erlassenen Verordnungen, mit denen Unrecht geschaffen worden war, haben etwa die deutschen Juden eo ipso, d. h. ohne weiteres, ihre deutsche Staatsbürgerschaft wieder erhalten, wie es Rechtens gewesen wäre? Nein, durchaus nicht, sie mussten einen entsprechenden Antrag auf Wiedereinbürgerung stellen! Warum eigentlich?, war doch die Ausbürgerung eine illegale Gewaltmassnahme die sofort für gegenstandlos hätte angesehen werden müssen. Die deutschen Juden wurden als Konsequenz einer NS-Unrechtsmassnahme staatenlos, die polnischen Juden behielten aber die Staatsbürgerschaft des nicht existenten polnischen Staates und waren niemals staatenlos. Grossartige Justiz!

Der Düsseldorfer Senat der zu dem ganzen Fragenkomplex einen Experten gehört hat, der offensichtlich mit dem Problem kaum oder garnicht vertraut war, verliert sich in Untersuchungen über die Lage der Juden im Vorkriegspolen, eine Frage, die von höchster Wichtigkeit in diesem Fall ist, in welchem immer wieder von der polnischen Heimat dieser Juden gesprochen wird. Die Juden, die vor dem Krieg Polen verlassen haben, hätten dies aus individuellen, meist

(Schluss auf Seite 2)

STELLUNGSWECHSEL DE GAULLES!

London. — Der Korrespondent des Daily Telegraph in Paris berichtete, dass „General de Gaulle, wie man glaubt, sein Embargo auf die Lieferung der 50 Mirage-Jets an Israel aufheben wird, die er seit dem Sechstagekrieg nicht übergeben wollte". In Paris schreibt man den Entschluss des Präsidenten seinem kürzlichen Briefwechsel mit Ben Gurion zu, der ihn dazu bewogen habe, „das mit der israelischen Regierung entstandene Missverständnis auszugleichen"

Minister des französischen Kabinetts und andere dem Präsidenten nahestehende Persönlichkeiten haben mit führenden Mitgliedern der jüdischen Gemeinde von Paris Gespräche geführt. Salomon Siderich, Präsident der Französisch-israelischen Liga erklärte: „Nach meinen Unterhaltungen mit Mitgliedern der Regierung hege ich die Hoffnung, dass das Embargo auf die Mirage-Flugzeuge in etwa einem Monat aufgehoben werden dürfte. Ich glaube, einen Grund zu haben, optimistisch zu sein." Einer der Funktionäre, mit denen Siderich sprach, war der Minister für Wissenschaftliche Forschung, M. Schumann, der Mitglied der gaullistischen Partei ist und von der Regierung Pompidou im April 1967 mit diesem Amt betraut wurde. Siderich äusserte im weiteren die Vermutung, dass de Gaulles Bereitschaft zur Aufhebung des Embargos auch auf die ständigen sowjetischen Waffenlieferungen an die Araber zurückzuführen sei. (ITA)

Nachtraegliche Gerüchte

Washington. — Hohe israelische Beamte nannten die Zeitungsmeldungen „absurd", dass Premierminister Levi Eshkol auf Wunsch des Präsidenten Johnson versucht haben solle, die amerikanischen jüdischen Kreise in der Vietnamfrage zu beeinflussen.

Es sei „unbegreiflich" nach Aussage dieser Gewährsleute, dass „die israelische Regierung Angelegenheiten von derart vitaler Bedeutung für das Volk auf einer solchen Basis behandeln würde und Eshkol sich bei seinen gelegentlichen Ansprachen streng auf die Darstellung der rein israelischen Probleme beschränkt hat."

Ferner erklärten diese Funktionäre, dass „Israel stets eine Position des Widerstandes gegen jedwede Aggression eingenommen hat und für das Recht eines jeden Landes eingetreten ist, sein eigenes Leben frei von Bevormundung und Drohungen zu führen." Dies sei von israelischen Repräsentanten immer wieder in den UN und an anderen Orten erklärt worden, ebenso wie Israel sich seit jeher für die Beilegung aller Konflikte durch direkte Verhandlungen eingesetzt habe. (ITA)

Lebenslaenglich

Tel Aviv. — Das Militärtribunal verurteilte fünf von sieben El Fatach-Terroristen zu lebenslänglichem Gefängnis. Die Angeklagten waren beschuldigt, im Oktober in das Zion-Kino in Jerusalem eine Bombe gelegt und die Antenne des Regierungsgebäudes in der Nähe von Jerusalem bei einem Sprengstoff-Attentat zerstört zu haben.

Zwei weitere Araber wurden zu 15 und 8 Jahren Gefängnis verurteilt weil sie den El Fatach-Leuten geholfen hatten ohne selbst Mitglieder dieser Terrororganisation zu sein. (ITA)

Mirage-Flugzeuge

Washington. — Libanon hat Mirage - Flugzeuge von Frankreich gekauft, wo jetzt libanesische Piloten ausgebildet werden. Dies teilte die „Washington Post" in einem Kabel von Flora Lewin mit, die Korrespondentin des Blattes in Frankreich ist.

Frau Lewin berichtete gleichzeiitg, dass die irakische Regierung in Frankreich Panzerwagen zur Lieferung während des Jahres 1968 mit einer Option für weitere 75 Fahrzeuge bestellt hat. (ITA)

Keine Strafverfolgung

von JAKOB KATZ-ROGASEN

Aus Kiel wird gemeldet, dass ein früherer Richter und ein früherer Staatsanwalt eines Nazi-Sondergerichts in Warschau ausser Strafverfolgung gesetzt worden sind, denen vorgeworfen worden war, an Todesurteilen gegen Juden mitgewirkt zu haben. Nach Mitteilung des Justizministeriums des Landes Schleswig-Holstein hat das oberste zuständige Gericht dieses Bundeslandes beschlossen, dass keine gerichtliche Voruntersuchung eröffnet werden solle. Jeder wird annehmen, dass die polizeilichen und staatsanwaltlichen Ermittlungen ergeben haben, dass die beiden verdächtigen hohen Justizbeamten nicht an einem solchen Sondergericht mitgewirkt haben, also zu Unrecht verdächtigt worden sind, an der üblichen Nazi-Justiz mitgewirkt zu haben. Wer solches vermutet, irrt. Die Vorermittlungen haben den Sachverhalt insoweit aufgeklärt. Beide haben an „Gerichtsverfahren" und an „Gerichtsverhandlungen" teilgenommen, die mit dem Todesurteil gegen Juden abgeschlossen worden sind, die versucht hatten, aus dem Ghetto von Warschau zu entfliehen.

Das Gericht hat die Eröffnung der Voruntersuchung aus juristischen und nicht aus tatsächlichen Gründen abgelehnt, die auf Ueberlegungen beruhen, die zu grössten Bedenken und Beanstandungen Anlass geben. Es steht fest, dass die beiden Beschuldigten, die nunmehr unbehelligt bleiben, an Todesurteilen gegen Juden teilgenommen haben, die „unbefugt das Warschauer Ghetto" verlassen hatten. Dafür hatte eine Verordnung vom 15. Oktober 1941 im damaligen Generalgouvernement Polen die Todesstrafe angedroht. Nach Ansicht des heute zuständigen Gerichts haben jedoch Richter nicht das Recht gebeugt, wenn sie bei ihren Todesurteilen das damalige positive Recht anwandten, auch wenn es dem Naturrecht oder dem allgemeinen Menschenrecht widersprach.

Diese Begründung fordert zum energischen Widerspruch heraus, da sie jede Unrechtshandlung des Dritten Reiches schützt und die tatsächliche Rechtsbeugung und deren nachträgliche Verurteilung unmöglich macht. Zunächst einmal wäre zu prüfen, ob die Errichtung eines Ghetto selbst durch Gesetz oder Verordnung eine rechtmässige Massnahme ist, die dann noch durch weitere „Rechtsverordnungen" abgedeckt wird. Diese Frage ist bereits zu verneinen. Auch als Kriegsmassnahme kann die Errichtung der Ghetti in Polen nicht als eine rechtmässige Handlung oder Massnahme betrachtet werden, zumal ausser Frage steht, dass diese Isolierung und Zusammenpferchung von Juden dem Ziel ihrer totalen Ausplünderung und totalen Vernichtung gedient hat. Wer sich aber einer Unrechtshandlung durch Flucht oder in sonstiger Weise entziehen will, kann niemals ein Vergehen oder Verbrechen begehen. Dass die Ghetti den Kriegsgefangenenlagern gleichzustellen seien, wird niemand behaupten. Denn die Juden sind nicht als Kriegsgefangene behandelt, sondern als Juden entrechtet worden.

Ausserdem wäre zu untersuchen, ob eine Todesstrafe überhaupt auf dem Verordnungswege für die Zivilbevölkerung angeordnet werden konnte. Dies wäre die Rechtspflicht ordentlicher Richter sowohl damals und erst recht heute gewesen. Dass aber das Gericht, mehr als zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, von einem „damaligen positiven" Recht spricht, das zur Anwendung gebracht werden musste, auch wenn es dem Naturrecht oder dem allgemeinen Menschenrecht widersprach, ist nicht nur ein Rechtsirrtum oder eine neue Rechtsbeugung, sondern wirkt erschütternd und ist ungeheuerlich.

Weil eine NS-Unrechtsverordnung das Verlassen des Ghetto unter Todesstrafe stellte, waren die von deutschen Richtern verhängten Todesstrafen über die Unglücklichen, die gefasst wurden, positives Recht oder aufgrund potisiven Rechtes berechtigt?! Oder wissen die Richter im Bundesland Schleswig-Holstein nicht, welches Schicksal den Juden in diesem und in den Ghetti widerfahren ist. Dass man sie aushungerte, prügelte, deportierte, niederknüppelte und schliesslich abknallte oder in Auschwitz vergast hat, das ist unbekannt? Ein Mensch, der seinen Mördern entflieht, kann dafür mit dem Tode bestraft werden, ohne dass sich die Richter, die ihn verurteilten, zu Handlangern der Mörder oder selbst zu Mördern machten?

Die unwirtliche Heimat

(Schluss von Seite 1)

wirtschaftlichen Gründen im Gegensatz zu den mehr als 3 Millionen Juden getan, die in Polen verblieben sind. Dieser Hinweis ist schon deswegen hinfällig, weil der Senat die historischen und tatsächlichen Verhältnisse und Zusammenhänge verkennt, die für die Beurteilung der Lage der Juden in Polen massgebend waren. Sonst würde er wissen, dass die weitaus überwiegende Mehrheit der polnischen Juden nach Möglichkeiten suchte, aus Polen auszuwandern und zu fliehen, da die dortigen Zustände für die Juden höchst nachteilig waren.

Am 25. November 1936, also drei Jahre vor dem Ueberfall der Deutschen auf Polen, wurde Prof. Dr Chaim Weizmann, damals Präsident der Zionistischen Weltorganisation, von der (britisch) Königlichen Kommission als Zeuge vernommen, die unter dem Vorsitz des Lord Peel tagte. Bei seiner Schilderung der Lage des jüdischen Volkes sagte Weizmann über die Juden in Polen (entnommen dem Sonderdruck „Das Recht auf die Heimat", erschienen in Berlin 1936):

...„Die Welt ist geschlossen, und wir hörten letztens den polnischen Aussenminister, Oberst Beck, in einer seiner Aeusserungen in Genf sagen, dass es eine Million Juden zuviel in Polen gibt. Es ist hier nicht der Ort, in eine Diskussion mit Oberst Beck einzutreten darüber, warum gerade eine Million Juden?... Warum soll man gerade sie als überzählig hervorheben?... Wohin könnten sie gehen? Gibt es einen Ort in der Welt, der rasch eine Million Menschen absorbieren kann?...".

Ist aber ein Land, dessen Aussenminister auf einer internationalen Konferenz verkündet, es gäbe in seinen Grenzen eine Million Juden zuviel, als Heimat anzusprechen? Was haben sie, die überzähligen Juden, in einer solchen „Heimat" zu erwarten und war dort zu tun?

Es ist kaum vorstellbar, dass ein deutsches Gericht in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach allem, was inzwischen geschehen ist, nicht wissen sollte, dass die Begriffe Heimat und Staatsangehörigkeit zwei verschiedene Begriffe sind, die miteinander nicht in einem unlösbaren Zusammenhang stehen. Staatsangehöriger eines Landes zu sein, setzt nicht voraus, dass das Land seiner Staatsangehörigkeit auch das Heimatland ist. Wer sich also einen Pass des Landes seiner Staatsangehörigkeit geben lässt, stellt sich nicht oder nicht ohne weiteres unter den Schutz seiner Heimat. Man kann doch diese Begriffe nicht in dem gleichen Gedankenkreis manipulieren, wie dies etwa im vergangenen Jahrhundert geschehen ist; hat sich doch die Situation aller Völker, Nationen und Menschen geändert; die internationale Lage der Gegenwart ist unmöglich mit früheren Zeiten und deren begrifflichen Konstruktionen zu vergleichen.

Ein gewichtiges Argument gegen die früheren polnischen Juden, die ausserhalb der Grenzen Polens nach dem Krieg lebten, ist die Behauptung, dass die Juden trotz der Pogrome und einzelner Unrechtshandlungen keine „Verfolgungen des polnischen Nachkriegsstaates zu befürchten gehabt hätten. Das vom Senat über die Verhältnisse der Nachkriegszeit in der Volksrepublik Polen eingesehene einschlägige Schrifttum und Material liefert keinen Hinweis für eine Verfolgung von jüdischen Rückkehrern aus westlichen Ländern, jedenfalls nicht in dem für die Klägerin in Betracht kommenden Zeitraum durch den polnischen Staat".

Nicht erörtert wurde bisher das Argument, dass es keinem Juden zumutbar ist, in ein Land zurückzukehren, in welchem jeder Stein an jüdisches Elend, an die Ermordung der Familienangehörigen usw. erinnert. Was haben die polnischen Bürger während des Zweiten Weltkrieges getan, um die Juden zu schützen? Haben nicht viele von ihnen die Juden den deutschen Henkern ausgeliefert? Haben nicht sehr viele Polen sich drohend gegen die zurückkehrenden Juden gewandt, die in ihre Wohnungen einziehen wollten? Hat der polnische Staat diesen Juden Sicherheit und Recht geboten oder bieten können?

Auf keine dieser und auf viele andere ähnlicher Fragen gibt es zufriedenstellende Antworten. Dass gegen 13 überführte Mörder des berüchtigten Kielce-Pogroms, das nach dem Krieg stattgefunden hat, die Todesstrafe verhängt wurde ändert ebenso wenig an der Haltung des Nachkriegspolens gegenüber den Juden wie die Tatsache, dass nach den Morden am 10. November 1938 (Kristallnacht) einige Verbrecher vor das NS-Gericht gestellt und abgeurteilt worden sind, an der Einstellung des Naziregimes etwas zu ändern vermag.

Gegen die falsche Rechtsprechung der obersten Gerichte zu Paragraph 160 sind bereits zahlreiche Argumente von hervorragenden Juristen vorgetragen worden, aber vergeblich. Dass diese Urteilssprüche neues Unrecht schaffen, wollen die deutschen Richter, soweit sie an diesen Verfahren teilnehmen, nicht einsehen. Das wäre also ein Fall, in welchem vom Gesetzgeber im Interesse der Rechtssicherheit eingeschritten werden müsste. Denn es ist eine Ungeheuerlichkeit, dass nach so vielen Jahren plötzlich die letzten Verfolgten, die mit ihren Verfahren nachhinken, schlechter als alle früheren Fälle gestellt werden. In diesem Zusammenhang sei auf die überzeugenden Ausführungen hingewiesen, die u. a. von den Rechtsanwälten Dr. Alfred Schüler und Dr. Robert M. W. Kempner in der einschlägigen Fachzeitschrift gemacht worden sind.

Nach den letzten Erfahrungen wird immer deutlicher, wie vernünftig alle diejenigen handelten, die nach dem Krieg nicht nach Polen zurückgegangen sind. Eine solche Entscheidung, wie die einer Auswanderung oder „Rückwanderung", kann man nicht, wie das OLG Düsseldorf es getan hat, vom Zeitpunkt der Entschliessung abhängig machen, weil in diesem Augenblick angeblich oder dem Anschein nach die Lage in Polen ruhig war. Auswanderung ist eine Entscheidung von grösster Tragweite, die nicht von einer Augenblickssituation abhängig sein darf. Denn hier handelt es sich meist einen Entschluss fürs Leben.

Abgesehen von der Tatsache, dass etwa 90% der überlebenden Juden Polen nach dem Krieg verlassen haben, — irgendwelche Gründe werden sie wohl gehabt haben —, hat es sich gerade erst wieder in vergangenem Jahr nach dem israelischen Sechstagekrieg erwiesen, was die Juden in Polen erwartet. Sie wurden bedroht und bedrängt, nur weil sie Juden sind. Hierüber weitere Ausführungen zu machen, würde einer Verkleinerung der deutlich gewordenen polnischen Einstellung gleichkommen, einer Haltung, die nicht von einzelnen polnischen Bürgern, sondern von der Partei und Regierung eingenommen worden ist.

Mit dieser „Rechtsprechung" zum Paragraphen 160 BEG sollte sofort Schluss gemacht werden. Wenn die Richter nicht den Mut haben, ihren Irrtum einzusehen, muss der Gesetzgeber eingreifen, was hiermit erneut vorgeschlagen wird.

Flucht in den Westen

London. — Ein russischer Chemiker und Dichter, der sich in den Westen geflüchtet und jetzt in England niedergelassen hat, beschrieb, wie er Wahnsinn vorgetäuscht habe, um die Erlaubnis zum Verlassen der Sowjetunion zu erhalten.

Dr. N. Gurewitsch, welcher vordem in Riga lebte schrieb unter dem Psepdonym Naum Odnopozow und wurde unter der Anklage, antisowjetische Literatur zu verbreiten, polizeilich gesucht. Er hatte seine Identität in England bisher geheimgehalten, da er sich mit der Veröffentlichung der Gedichte von Juli Daniel befasste, die aus Russland herausgeschmuggelt werden konnten. Daniel ist 1966 für den Abdruck seiner Poesien im Ausland verurteilt worden.

Als Dr. Gurewitsch seine Flucht in den Westen beabsichtigte, simulierte er eine geistige Erkrankung und beantragte eine Reise nach Israel, wo es die besten Aerzte gebe, die ihn heilen könnten, wie er behauptete. Er und seine Mutter machten die Namen von entfernten Verwandten ausfindig, die in Israel ansässig sind, und sie beantragten Ausreisevisen aus Russland.

Sie erhielten die Dokumente, doch inzwischen hatte die Sicherheitspolizei begonnen, nach Odnopozow zu fahnden. Im September 1965 wurde Dr. Gurewitsch in Riga festgenommen und verhört; man riet ihm an nicht das Land zu verlassen. Er begab sich jedoch nach Moskau und bestieg einen nach Brest-Litowsk fahrenden Zug, in dem er von Beamten der Sicherheitspolizei gesucht wurde, die ihm Fragen über seine Reise nach Israel stellten. Er erklärte ihnen ,dass er an einer Geisteskrankheit leide und sich in Israel behandeln lassen müsse. Daraufhin gestatteten sie ihm die Weiterreise nach Wien.

Gurewitsch hielt sich einige Zeit in Oesterreich und später in Frankreich auf. Einen Monat nach seiner Abreise aus Russland konnte auch seine Mutter ausreisen und lebt heute in Jerusalem. (ITA)

LA SEMANA ISRAELITA

Semanario
Aparece los Viernes

Editado por
Estrellas Editorial Ltda.

Director:
Arnoldo W. B. Swarsensky

Pueyrredón 2190, 1º izq.
T. E. 83-2613

Abono-Preise
Argentinien:
$ 1.200.— pro Jahr
Ausl. $ 1.800.— jährl.
Luftpost-Abono f. d. Nachbar-Republiken
10 Dollar jährlich

Anliegen der UN

Vereinte Nationen. — Die Mittelostkrise beherrschte im Jahre 1967 die Beratungen des Sicherheitsrats, von dessen 46 Sitzungen sich 33 mit den Ereignissen in diesem Teil der Welt befassten. Die „geschäftigsten" Monate waren der Juni mit 17 und der November mit 12 Sitzungen. Im Jahre 1966 fanden 70 Sitzungen statt, und hiervon waren 28 dem Mittelostproblem gewidmet. (ITA).

Dr. FREY
ABOGADO
PUEYRREDON 2190
1º izq.
VERREIST
im
JANUAR

REAL PEN
Füllhalter
REPARATUREN
Spezialgeschaeft
CORRIENTES 569
T. E. 49-5850

PROPIEDADES FRANKENBERG
S. R. L.
berät Sie kostenlos und unverbindlich beim Kauf oder Verkauf von
GESCHAEFTEN
WOHNUNGEN
HAEUSERN
VIRREY DEL PINO 2262
T. E. 73-7887

Ihr Friseur
ERICH JACOBSOHN
BEDIENT SIE
IN IHREM HAUS
T. E. 76-5842

JUDITH SCHENKOLEWSKI
Schabbosdecken - Tallisbeutel - Käppchen - Mazzot-Taschen - Hand- und Maschinenstickerei von Bett- und Tischwäsche
Dr. P. L. RIVERA 2585
(fr. Bebedero)
T. E. 73-9155

JACOB LAPIDUS
dipl. Mohel
NEUE ADRESSE
VIAMONTE 2037 4º B
46-1716 und 48-2124

MOHEL N. PLAKSIN
Superí 2719
NEUES TELEFON:
78-4784

Dr. Bernardo SCHWARCZ
ZAHNARZT
VERREIST
bis 20. Maerz
ESTOMBA 2283 — 76-8216

CENTRO PRIVADO DE ORTOPEDIA Y TRAUMATOLOGIA
Prof. Dr. I. Blumenfeld (Director)
Jefe del Servicio de Ortopedia y Traumatologia del Hospital Israelita — Profesor de la Facultad de Ciencias Médicas de Buenos Aires.
UNICAMENTE ENFERMEDADES DE LOS HUESOS Y ARTICULACIONES
J. E. URIBURU 285 41-2331 — 2240
47-5875

Dr. BERNARDO GOLDSTEIN
VERREIST
vom 19. bis 29. Januar
und
vom 4. Februar bis 3. Maerz
In der Sprechstunde vertreten durch:
Dr. AKIVA HERSZKOWICZ (70-0495)
Dra. IRIS LIEBER (73_8463)
CUBA 2141 — T. E. 73-8782 u. 73-6817

Enfermedades Cardiovasculares
Aparato Circulatorio
Dr. SAUL UMANSKY
MEDICO CIRUJANO M. P 9298
Sarmiento 3116 T. E. 87-1362

Dr. BENJAMIN LIPNIZKY
ZAHNARZT
ROENTGENSTRAHLEN — ZAHNZIEHEN — KIEFERCHIRURGIE — REGELUNG DER ZAHNSTELLUNG — KIEFERORTHOPAEDIE
Sprechstunden: Dienstag — Donnerstag — Sonnabend nach vorheriger Vereinbarung
JOSE HERNANDEZ 2518, T.E. 76_8673 u. 73-0500

Dr. L. KLEIN - Médico
MAGEN- und DARMKRANKHEITEN
ROENTGEN-UNTERSUCHUNGEN
SPRECHSTUNDEN
Montag, Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 15—19 Uhr
Es wird gebeten sich vorher telefonisch anzumelden
SANTA FE 1391 T. E. 44-9493 u. 44-1542

Confitería NIZA
Servicios de lunch de categoría
SALON DE FIESTAS
ECHEVERRIA 3296, esq. CONDE
76_0286 73-1049

BERNARDO STERN
Ausführung saemtlicher
MALERARBEITEN
HELGUERA 1915 — T. E. 58-4052

Ansaetze zur Koexistenz

von HERBERT FREEDEN

Israelische Soldaten geben den arabischen Chauffeuren ein Zeichen. Der Weg ist frei. Jeden Morgen rollen die Geleitzüge von schweren Lastwagen vom Westufer des Jordanflusses östlich über die Allenbybrücke nach Transjordanien: sie transportieren keine Flüchtlinge, sondern Tomaten, keine Schmugglerware, sondern 55.000 Tonnen Obst und Gemüse.

Während auf beiden Seiten des Flusses Soldaten schussfertig in Bereitschaft stehen, gibt es zum erstenmal seit zwanzig Jahren einen Handelskontakt. Amman ist zwar noch Mitglied der Arabischen Liga, die seit je versucht, einen Weltboykott gegen Israel zu organisieren, aber für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus dem israelisch besetzten Gebiet zahlt es bar.

Tatsachen habe ihre eigene Sprache, und die de-facto Kooperation zwischen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten und den israelischen Behörden ist viel weiter fortgeschritten, als die Politiker der arabischen Nachbarstaaten es wahr haben wollen. Stadtgemeinden und Gerichtsbarkeit, Schulen und Krankenhäuser, Religionswesen und Handel funktionieren fast wieder normal unter arabischer Selbstverwaltung, in Zusammenwirken mit der israelischen Militär-Administration.

Der Richter am Obersten Arabischen Gerichtshof für das Westufer, Salah Addin el Abassi, in der Stadt Ramalla, hat nach anfänglichem Zögern ebenfalls sein Amt wieder aufgenommen. „Was ich tue, ist kein Landesverrat, sondern eine patriotische Tat", erklärte er. „Ich helfe meinem Volk die Gesetze nach arabischem Recht aufrecht zu erhalten. Mein Eid auf König Hussein wird dadurch nicht verletzt: ich habe geschworen, das oberste Richteramt auf dem Westufer zu versehen, und das will ich weiter zum Wohl meines Volkes tun."

Nicht alle stimmen ihm in seiner Loyalität gegenüber dem transjordanischen König zu. In den von den Israelis besetzten Gebieten haben sich vier politische Gruppierungen gebildet. Die eine, unter der Führung des Bürgermeisters von Hebron, Scheich Mohammed Ali Jaabari, setzt sich für eine Autonomie der palästinensischen Araber und für direkte Verhandlungen mit Israel ein. Eine zweite Gruppe, deren Zentrum Ramalla ist, will den Beschluss der Vereinten Nationen vom November 1947 wieder aufleben lassen: danach sollte Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat geteilt werden. Bekanntlich wurde der arabische Teil von Transjordanien annektiert und hat niemals die versprochene Selbständigkeit erhalten. Ramalla will nun diesem Gebiet staatliche Autorität geben, es entmilitarisieren und unter UN-Aufsicht stellen. Die dritte Gruppe, deren Anhänger vor allem in Bethlehem konzentriert sind, denkt an eine volle Zusammenarbeit mit Israel in Form einer Föderation. Eine vierte Gruppe, mit Hauptquartier in Nablus, bleibt intransigent und fordert kompromisslos die Rückgabe des Westufers an Transjordanien.

Auf israelischer Seite sieht man diesen Entwicklungen im arabischen Lager mit grossem Interesse zu. Es war kein Zufall, dass Ministerpräsident Eshkol bei einer Regierungs-Erklärung vor der Knesset die Loyalität der israelischen Araber pries, die sie während der kritischen Tage des Juni-Krieges dem Staat gegenüber bewiesen hätten. Auch in der Knesset wurden Stimmen laut, die eine bi-nationale Lösung der territorialen Probleme vorschlugen und auf das gute Zusammenleben von Juden und Arabern in Israel hinwiesen.

Eine besondere Stellung kommt dem Gaza-Streifen zu. Dieser Teil Palästinas war 1947 von den Aegyptern besetzt und unter ägyptische Militärverwaltung gestellt worden, ohne die arabische Bevölkerung zu ägyptischen Bürgern zu machen. Jetzt wollen die Bewohner Gazas weder zur ägyptischen Herrschaft zurück, noch wollen sie ein Teil Israels werden. Es hatte sogar einen starken Konflikt ausgelöst, bis sie sich entschlossen, das israelische Angebot anzunehmen, ihr Gebiet an das Landes-Elektrizitätsnetz anzuschliessen. Die örtlichen Generatoren erzeugen zwar nur genügend Strom für die Nacht, und auch dies nicht in allen Stadtteilen, aber die führenden Leute wollten lieber bei Petroleumlampen sitzen, als im Stromanschluss den ersten Schritt zum Anschluss an Israel zu sehen.

Nur in einem sind sie „liberaler": von Israels Erlaubnis, andere Teile des Landes zu besuchen, machen sie grosszügig Gebrauch. Ueberall auf den Chausseen sieht man Privatwagen mit der Kennzeichnung Gaza. Der Grund für diese „Bewegung" ist verständlich: zwanzig Jahre lang hatten ihnen die Aegypter nur in besonderen Ausnahmefällen gestattet, den engen Bereich des Gazastreifens zu verlassen.

Polizei marschiert durch die Strassen der jerusalemer Altstadt

Aus Bonn

Bonn. — Die deutsche Bundesregierung gab bekannt, dass sie nicht bereit sei, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit einzelnen arabischen Staaten durch wirtschaftliche Hilfsversprechen zu erkaufen und über wirtschaftliche Beihilfe nur mit denjenigen Ländern verhandeln wird, die volle diplomatische Beziehungen zu Bonn wieder aufnehmen.

Zugleich wurde bekanntgegeben, dass der Umfang des Handels mit Aegypten seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen erheblich zurückgegangen ist

LA SEMANA ISRAELITA
SEMANARIO INDEPENDIENTE
Bs Aires - PUEYRREDON 2190, 1º izq - 83-2613
25. Tewet 5728 26. Januar 1968

Joint stellt Aktivitaet in Polen ein

London. — Wie der „Jewish Chronicle" meldet, hat der Joint auf Verlangen der polnischen Regierung Anfang Januar 1968 die Aktivität in Polen eingestellt.

Vor einigen Wochen beschloss die polnische Regierung auf einer Geheimsitzung, dem Joint die Aktivität in Polen zu verbieten. Dies wurde in London bekannt, als eine Gruppe von westlichen Geschäftsleuten aus Warschau kommend eintraf.

Auch die Niederlage der ORT-Organisation in Polen dürfte in Kürze gezwungen werden, die Arbeit in Polen einzustellen.

Touristen

Jerusalem. — Das Ministerium für Tourismus hat einen neuen Plan ausgearbeitet, um Besucher in das Land zu ziehen. In diesem Jahr, in dem Israel Jen 20. Jahrestag seiner Unabhängigkeit feiert, werden allmonatlich interessante Veranstaltungen stattfinden, u. a. wissenschaftliche Kongresse und Volksfeste. (ITA)

Ausschluss arabischer Offiziere

Washington. — Das Verteidigungsministerium gab dem Amerikanischen Jüdischen Kongress bekannt, dass Offiziere aus arabischen Staaten, die ihre Beziehungen zu den USA abgebrochen haben, nicht mehr an militärischen Kursen in den USA teilnehmen dürfen.

MOEBELHAUS WATERMANN
Das Haus der 3 Geschäfte mit der grössten Auswahl
SARMIENTO 1147
T e 35 - 7033
CABILDO 2614
PAMPA 4979
fast Ecke riu.virato
Zahlungserleichterungen
Eigene Werkstätten
Zuvorkommende fachmännische Bedienung

CAJA POPULAR DE BELGRANO
COOPERATIVA DE CREDITO LTDA.
DESDE 1932
MERECE SU CONFIANZA
CASA CENTRAL:
AMENABAR 2968
AGENCIA Nº 1:
CABILDO 3102 esq IBERA
AGENCIA Nº 2:
CORRIENTES 2294 P 1º
esq PASTEUR
Horario de 12 a 16 Hs.
Y ahora atendemos sábados de 10 a 12.30 hs.
Inscripción en trámite en el Registro de Entidades Financieras no bancarias del Banco Central
CAPITAL REALIZADO ACTUAL
$ 290.000.000.-

ES USTED UNO DE LOS 410 ?
Si es Ud uno de los 410 participantes del reciente e inolvidable crucero Bs. As. - Mar del Plata - Punta del Este - Bs As realizado en el transatlántico de lujo
THEODOR HERZL
ahora tiene otra oportunidad de placer.
SALIDA DE BS. AS.: MARZO 4
conociendo en el viaje BRASIL PORTUGAL - ITALIA - GRECIA
LLEGADA A HAIFA: MARZO 25
a tiempo para las celebraciones de
PESAJ Y 20º IOM HAATZMAUT
partiendo de regreso el 3 de mayo después de Iom Haatzmaut
Desde U$S 637 (ida y vuelta) en cabina cuádruple
Consulte a su agente de viajes o a
ZIM Israel Navigation Co. Ltd.
Maipú 866, Tel. 32-7823 y 31-4096
FRANKORD

ALFREDO STERN
MALERARBEITEN
FACHMAENNISCHE AUSFUEHRUNG
AUF WUNSCH ZAHLUNGSERLEICHTERUNGEN
VIDAL 1575 — FAST ECKE PINO
Tel.: 76-9088

Teppichhaus - M. Hochberg
Unerreichte Auswahl an handgeknüpften Teppichen in erstklassigen Qualitäten für jedes gemütliche Heim.
EIGENE FABRIKATION
UNVERBINDLICHE VORFUEHRUNG
AUF WUNSCH ZAHLUNGSERLEICHTERUNGEN
Maschinenteppiche in allen Farben und Grössen
Auslegen von Appartements mit rein wollenem Velour
VERKAUF AN PRIVATE NUR SAMSTAG UND SONNTAG VON 9—19 UHR IM AUSSTELLUNGSRAUM
CALLE ANDONAEGUI 2083
TEL.: 52-2993 4 Quader von Station Urquiza

SOLARIS
Der Anzug für warme Tage, wie Sie sich ihn wünschen. Innen- und aussen meisterhaft gearbeitet. Ein Anzug guten Stils.
Masskleidung - Fertigkleidung
Carlton
Maipú 982 — 31-7845
(wenn es funktioniert)

TRES F.F.F.
Fiambres Finos "FRIGUINCIA"
MARCA QUE DISTINGUE LA CALIDAD
FRIGUINCIA

Blick in die Welt

von HAROLD SCHWARCZ

UN-GENERALSEKRETAER U Thant forderte die Einstellung der Bombardements von Hanoi. —

HAROLD WILSON, der englische Ministerpräsident, erhielt grosse Mehrheiten im Unterhaus für seine Wirtschaftspolitik. —

DIE ERDBEBEN in Sizilien forderten hunderte Opfer und richteten grössten Schaden an. —

AUCH NIKARAGUA wurde von Erdstössen heimgesucht. —

DIE ITALIENISCHE Regierung Moro erhielt ein Vertrauensvotum.

DER KREML meldete eine Verstärkung seines militärischen Potentials. —

JUGOSLAWIEN lehnte in Opposition zu Moskau die Teilnahme an einem kommunistischen Kongress ab. —

DIE ZUSTAENDE in Guatemala haben chaotische Formen angenommen. —

PAVEL LITVINOW, Enkel des früheren Aussenministers, wurde wegen seiner kritischen Stellungnahme zu einigen Prozessen in Moskau seiner Stellung als Professor enthoben. —

MARSCHALL TITO besuchte Kambodscha, wo er begeistert empfangen wurde. —

URHO KEKKONEN wurde für eine dritte Periode zum Präsidenten Finnlands gewählt. —

DE GAULLE erklärte sich erneut gegen Englands Eintritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. —

JAKOB A. MALIK wurde vom Kreml zum neuen russischen Repräsentanten in den UN ernannt, wo er Federenko ersetzt. —

ZU NEUEN Studentenunruhen kam es in Madrid. —

DIE AUSSENMINISTER von 14 afrikanischen Staaten traten zu einer Konferenz zusammen, auf der innerafrikanische Probleme behandelt werden. —

IN POLIVIEN wurde eine militärische Erhebung unterdrückt. —

DER BUERGERKRIEG im Yemen ist nicht beendet, denn es werden erneut heftige Kämpfe zwischen den beiden Parteien gemeldet. —

FERDINAND E. MARCOS, der Präsident der Filippinen, beklagte die Unsicherheit der Lage in Südwestasien. —

LEE KWAN YEW, Premierminister von Singapur, verlangte von den Engländern, dass sie ihre Truppen vorläufig nicht zurückziehen sollen. —

JAPAN hat die Grenzen Kambodschas anerkannt. —

KONSTANTIN erklärte in Rom, er werde wieder den Königsthron in Athen besteigen. —

CLARK CLIFFORD, Präsidenten-Berater seit der Epoche Truman, wurde zum Nachfolger des Verteidigungsministers, McNamara, bestimmt. —

KOLUMBIEN hat die 1948 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zu Russland wieder aufgenommen.

CATECA S. A.

Directorio 5555 Buenos Aires

T. E. 68 - 1017/18 y 1264

SUAVANDAR

el calzado legítimo de espuma de goma

Vereinigte Arbeiterpartei

Jerusalem. — Ueber 2.200 Delegierte, Gäste und Zuschauer aus 22 Ländern wohnten der Gründungs-Versammlung der neuen israelischen Arbeiterpartei Mifleget Awoda Israel (MAI) bei, zu der sich die Mapai, Rafi und Achdut Awoda zusammengeschlossen haben.

Das Abkommen über diesen Zusammenschluss war von den Generalsekretären der drei Parteien vorher unterzeichnet worden. Für die Mapai zeichnete Golda Meir, für Rafi Shimon Peres und für Achdut Awoda Israel Galili. 187 Mitglieder des neuen Parteisekretariats und 15 Gründungsmitglieder setzten ihre Unterschrift unter dieses Dokument, darunter Frau Rachel Ben Zwi und Frau Rachel Shazar, die Gattinnen des früheren und des jetzigen Staatspräsidenten.

Expremierminister David Ben Gurion erschien nicht zu dieser Versammlung. Er äusserte sich mit bitteren Worten über den Zusammenschluss, und eine Delegation der Rafi, welche ihn in Sde Boker besucht hatte, konnte ihn nicht zur Teilnahme an der feierlichen Veranstaltung überreden. (ITA)

Israels Arbeiterparteien

In dieser Woche wurde der seit längerer Zeit geplante Zusammenschluss der drei israelischen Arbeiterparteien vollzogen, nämlich der Mapai, der Achduth Awoda und Rafi. Es ist erinnerlich, dass Achduth Awoda bereits vor vielen Jahren sich von der Mapai trennte, während Rafi einen Kreis früherer Mapai-Mitglieder um Ben Gurion umfasste, die mit der Politik Eshkols nicht einverstanden waren. Rafi war eine verhältnismässig kleine Gruppe, zu der jedoch eine Reihe bekannter und bedeutender Persönlichkeiten gehörte, unter ihnen vor allem David Ben Gurion, Moshe Dajan und Shimon Perez, die in der Geschichte des jungen Staates entscheidende Aufgaben erfüllt haben. Nur Ben Gurion selbst hat seine Versöhnung mit der Mapai nicht vollzogen, jener Arbeiterpartei, die einst von ihm selbst wesentlich geformt und mitaufgebaut wurde und die ohne Zweifel die zentrale Rolle beim Aufbau des Landes gespielt hat.

In Anbetracht der vielen Schwierigkeiten, mit denen Israel auf allen Gebieten zu kämpfen hat, ist die Vereinigung (oder Wiedervereinigung) und Schaffung einer grossen Arbeiterpartei von grösster Bedeutung. Dass die Israelis die Notwendigkeiten der Stunde verstehen und verstanden haben, bewiesen sie kurz vor dem Ausbruch des Sechstagekrieges, als sie eine grosse nationale Koalition bildeten, in die selbst der Führer der Rechten, Menachem Begin, eintrat, der noch heute als Minister dem Koalitions-Kabinett Eshkol angehört. Ohne Zweifel hat die versöhnliche Haltung Eshkols in vielen innenpolitischen Fragen den grössten Anteil daran, dass es gelang, alte Gegensätze zu überwinden oder zumindestens abzuschwächen.

Israel rechnet mit vielen grösseren und kleineren Parteien. Mit der Fusion der Mapai, Achduth Awoda und Rafi bleiben noch die Liberalen, die Cheruth (früher Revisionisten genannt), zu der grosse Teile der Allgemeinen Zionisten gehören, die religiösen Parteien, die Mapam (Haschomer Hazair) und die Kommunisten, von noch kleineren Splittergruppen abgesehen. Der grösste Teil der israelischen Arbeiterschaft ist in der Mapai-Achduth Awoda-Rafi organisiert, aber weitere Teile der Arbeiterschaft gehören vor allem der Mapam und den religiösen Gruppen an.

Man darf damit rechnen, dass die Vereinigung von drei so wichtigen Parteien auch wesentliche innenpolitische Folgen nach sich ziehen wird und die Einheitlichkeit des politischen Willens Israels stärkt.

Das Vorgehen der Parteien, die auf ihre Selbständigkeit verzichteten, sollte auch auf das jüdische Leben ausserhalb Israels anregend wirken und alle Kräfte zusammenfassen, die am Aufbau, der Erhaltung, Erweiterung und Vertiefung der jüdischen Arbeit in den Ländern der Zerstreuung interessiert sind.

Telegramm Johnsons

New York. — Der amerikanische Präsident Johnson schickte ein Telegramm an Dr. Joachim Prinz, den Vorsitzenden der Konferenz der wichtigsten amerikanisch-jüdischen Organisationen, in dem er die Position seiner Regierung gegen den Völkermord unterstrich. Johnson erklärte u. a.: „Wir hoffen mit Sicherheit, dass in der Welt ein Friede geschaffen wird, der dauerhaft ist, zwischen allen Völkern, sodass die Welt niemals mehr Zeugin früherer Grausamkeiten sein möge."

Auftraege aus Kolumbien

Haifa. — Kolumbien hat für 5 Millionen Dollar verschiedene Fahrzeuge aus den israelischen Ilin-Industrien mit Ablieferungstermin innerhalb von zwölf Monaten bestellt. Sie werden gegen Waren verkauft, die ihrerseits in verschiedenen Ländern abgesetzt werden, deren Erlös nach Israel geht.

Auf seiner Amerika-Reise besuchte Israels Ministerpräsident Levi Eshkol auch den Generalsekretär der UN, U THANT

Vatikan und Jerusalem

Aus Paris verlautete, dass der Vatikan seine Haltung in der Jerusalem-Frage geändert hat und geneigt ist, von der Forderung einer Internationalisierung der Stadt abzugehen.

Der Vatikan würde bereit sein, Israels Vorschlag eines Sonderstatus für die Heiligen Stätten zuzustimmen und Besprechungen hierüber seien schon seit einiger Zeit im Gange. Im Rahmen dieser Besprechung würde sich ein hoher Würdenträger des Vatikans nach Israel begeben. Katholische Kreise in Paris behaupteten sogar, ein solcher Vertreter von Papst Paul VI. sei schon vor einiger Zeit in Jerusalem eingetroffen. Papst Paul VI. soll beschlossen haben, keine Stellung bezüglich der politischen Aspekte der Wiedervereinigung von Jerusalem einzunehmen und will lediglich eine Regelung für die Kontrolle über die Heiligen Stätten anstreben. In diesem Sinne sei er bereit, den israelischen Vorschlag zu bestätigen, allen Heiligen Stätten einen diplomatischen Status zu gewähren, so dass die Heiligen Stätten des Christentums von der Kirchenverwaltung in Jerusalem, und so indirekt vom Vatikan, abhängig sein würden.

Zugleich verlautete, dass der Vatikan beschlossen hat, grosse Investitionen zur Renovierung der Heiligen Stätten in Jerusalem vorzunehmen. Bisher sei diese Aenderung in der Haltung des Vatikans noch geheimgehalten worden, aber man sehe in ihr einen gewaltigen Erfolg Israels im Kampf um seine Rechte in Jerusalem.

Jiddisches Theater

New York. — Die berühmte Schauspielerin Ida Kaminska, Direktorin des Jiddischen Staatstheaters in Warschau, äusserte auf einem ihr zu Ehren veranstalteten Empfang in New York, dass sie und ihre Truppe sich voll bewusst seien, bei ihren Gastspielen in vielen Ländern der Welt ebenso wie in Polen als Träger jüdischer Kultur zu wirken.

Hunderte von Gästen erschienen zu diesem Empfang, bei dem Dr Joachim Prinz, Präsident des Direktionsrats des Jüdischen Weltkongresses den Vorsitz führte. (OJI)

ENRIQUE KLEVE und Frau CARLA geb. DAVID

zeigen dankerfüllt an, dass ihre LILIANA ein Brüderchen

JORGE ALBERTO

bekommen hat.

Freire 2526 Buenos Aires

LUACH — (KALENDER)

Freitag, den 26 Januar	25 Tewet
Sonnabend, den 27. Januar	26 Tewe
Schabbat WAERA	
Haftara: Jecheskel Kap. 28	
Sonntag, den 28 Januar	27. Tewet
Montag den 29 Januar	28 Tewet
Dienstag, den 30 Januar	29 Tewe
Mittwoch, den 31 Januar	1. Schwat
Donnerstag, den 1 Februar	2. Schwa
Freitag, den 2. Februar	3. Schwat
Sonnabend, den 3. Februar	4. Schwat
Schabbat BO	
Haftara: Jeremias Kap. 46	
Sonntag, den 4. Februar	5. Schwat
Montag, den 5. Februar	6. Schwat
Dienstag, den 6. Februar	7. Schwat
Mittwoch, den 7. Februar	8. Schwat
Donnerstag, den 8. Februar	9. Schwat
Freitag, den 9. Februar	10. Schwat
Sonnabend, den 10. Februar	11. Schwat
Schabat BECHALACH	
Haftara: Richter 4	
Sonntag, den 11. Februar	12. Schwat
Montag, den 12. Februar	13. Schwat

ESTUDIO SCHMUKLER

PASTEUR 254 - 2º y 5º pisos

TEL 48-7168 - 1372 • BUENOS AIRES

ciencias económicas contadores públicos nacionales consultores de empresas

ESPECIALISTAS EN SOCIEDADES ANONIMAS

CALIDAD "LA FORESTA"

LA FORESTA FIAMBRES LA FORESTA MARCA REGIST LA FORESTA

EN FIAMBRERIAS DE CATEGORIA

Israels neuer Generalstabschef

von MEIR FAERBER

Die Stellung des Generalstabschefs der schlagkräftigsten und aktionsfähigsten Armee, als die das Verteidigungsheer Israels, Zahal, seit seinem Sieg im Sechstagekrieg von vielen Militärfachleuten bezeichnet wird, ist eine hervorragende Position. Nur Männern ungewöhnlichen Formats und Charakters kann die ungeheure Verantwortung aufgebürdet werden, die der Generalstabschef der Armee eines Staates zu tragen hat, der von feindlichen Nachbarn umgeben jederzeit bereit sein muss, sich gegen den konzentrischen Angriff einer gewaltigen Uebermacht zu wehren.

Der Zahal-Generalstabschef ist keineswegs „der oberste Kriegsherr" im Staate, der über Krieg und Frieden die schicksalshafte Entscheidung zu treffen hat. Im demokratischen Staat wird der Beschluss über Kriegshandlungen von der Regierung gefasst, die sich auf die Parlamentsmehrheit stützt, und vorher wird der Vorschlag vom Ministerausschuss für Sicherheitsfragen durchberaten und ausgearbeitet. So entscheiden auch der Ministerpräsident und der Sicherheitsminister nicht allein über einen Krieg, sondern sie sind in den Schicksalsstunden des Staates nur ein Teil des beschliessenden Gremiums. Politische Entscheidungen stehen nicht dem Militär sondern der Regierung und dem Parlament zu.

Der Generalstabschef aber steht an der Spitze des Militärs, das in unserem technologischen Zeitalter eine ausserordentlich diffizile, gewaltige Maschinerie mit einer Unmenge von Abteilungen bildet und in eine Unzahl von Spezialformationen gegliedert ist, von deren absolut klagloser Zusammenarbeit alles abhängt. Viel Intelligenz, Entschlussfähigkeit, Einsatzbereitschaft, Energie und vor allem Organisationsgenialität gehört zur Charakteristik der Männer, die die Gipfelstellung des Zahal-Generalstabschefs erreicht haben. Da es keine Routine und kein Ausruhen auf früheren Lorbeeren geben darf, werden in Israel die Generalstabschefs relativ kurzfristig ausgewechselt. In den kaum zwanzig Jahren seit der Staatsgründung gab es bereits sieben Männer auf diesem Posten, nämlich Jaakob Dori, Jigael Jadin, Mordechai Maklef, Chaim Bar-Lev, Mosche Dajan, Chaim Laskow, Zwi Zur, Jizchak Rabin, und jetzt, seit dem 1. Januar 1968, Chaim Bar-Lev. Rabin wird Israel als Botschafter in Washington vertreten.

Der bisherige Aluf (Brigadier) und jetzige Raw-Aluf (Generalmajor) Chaim Bar-Lev, der vor der Hebraisierung seines Namens Wroclawsky hiess, verbrachte seine Kindheit mit den Eltern und seinen beiden Brüdern in Jugoslawien, wo er bis zu seinem 15. Jahr die Schule besuchte und auch bereits Zionist und aktives Mitglied des Haschomer Hazair war. Seinen Schulbesuch setzte er an der Landwirtschaftsschule Mikwe Israel fort. Ein Jahr später, 1940, als die Nazis an der Grenze Jugoslawiens standen, folgten ihm seine Eltern und der jüngere Bruder nach Erez Israel. In Mikwe Israel schloss sich Chaim Bar-Lev einer Gruppe Gleichgesinnter an, die sich nach Beendigung der Schulzeit in Bet Alpha ansiedelte. Chaim war damals, wie sein Vater kürzlich erzählte, ein ruhiger, zarter Junge, der keiner Fliege hätte ein Haar krümmen mögen. Er wollte Tierarzt werden, und weder er noch jemand in der Familie träumte auch nur davon, dass er jemals Berufssoldat werden könnte.

Aber: „erstens kommt es anders und zweitens als man denkt".

Mit Abschluss der Mittelschule, als 18-Jähriger, trat Chaim in die Palmach (Plugot Machaz, Kampftruppe der Hagana) ein und gehörte bald zu den Ersten, absolvierte eine Reihe von Ausbildungs-, Ergänzungs- und Fortbildungskursen für Offiziere, wobei zu seinen Kameraden einige gehörten, die sich im Militärdienst ausgezeichnet haben und inzwischen Alufim geworden sind, wie Usi Narkis, Amos Choreb und Zwi Samir. Seine Palmach-Gruppe nahm an mehreren Deckungs- und Hilfsaktionen für illegal einwandernde Flüchtlinge teil, bei denen es galt, die am Strande landenden Flüchtlingsschiffe vor Ueberraschungen durch die britischen Polizisten und Soldaten zu bewahren. An eigentlichen Kämpfen nahm Bar-Lev erst später teil, als nach dem Uebereinkommen zwischen der Hagana, dem Nationalen Militärverband (IZL) und der Sterngruppe der nationale Aufstand gegen die britische Weissbuchpolitik bereits beschlossen war.

An der Spitze einer Abteilung sprengte er das jerusalemer Bahngeleise, und in der „Nacht der Brücken" hatte er den Auftrag, die Allenby-Brücke bei Jericho zu sprengen. Obwohl die Soldaten der Arabischen Legion die herannahenden Sappeure bemerkten und unter dichten Beschuss nahmen, wurde der Auftrag dennoch durchgeführt und die Brücke gesprengt, trotzdem das arabische Feuer während der Aktion und des Rückzugs ununterbrochen anhielt und erwidert werden musste. Bar-Lev leitete die Aktion kaltblütig, bis er und seine Leute sich unversehrt zurückgezogen hatten. Schon in seiner Palmach-Zeit wurde Bar-Lev als ruhiger, überlegter, nur langsam und sparsam seine Worte setzender Mann bekannt. Er wurde Kommandant der Palmach-Truppe am Toten Meer und dann im Jesreeltal, später Instruktor eines Kurses und bei Ausbruch des Unabhängigkeitskrieges Kommandant eines Bataillons im Negew.

Nun begann die Zeit im regulären Heer. Bar-Lev hatte sich zu einem typischen Feldoffizier entwickelt, der mit seinen Truppen in der weiten Steppenlandschaft des Negew viele Aufgaben zu erfüllen hatte. Am Tage der Staatsgründung, als das ägyptische Heer in israelisches Gebiet vordrang, war Bar-Lev Befehlshaber eines Bataillons im Westnegew und verteidigte den Kibuz Nirim und andere Siedlungen. Sodann wurde er Operationschef der Negewarmee. Damals, im Kampf mit den Aegyptern, besiegte er mit seinen Soldaten, die als Fahrzeuge nur Jeeps hatten, eine ägyptische Truppe mit etwa 40 Panzerwagen, schlug die Feinde in die Flucht, eroberte die arabischen Panzer und setzte sie mit eigenen Leuten sofort zum Angriff auf die Aegypter ein, die sich bereits im Rückzug befanden. (Später wurde Bar-Lev der Kommandant der Panzertruppen des Zahal).

Zu den siegreichen Gefechten, die er bestand, zählen die Eroberung von Abu Ageila im Sinai-Gebiet. Als er bis vor El Arisch vordrang, bekam er den Auftrag zum Rückzug. Acht Jahre später, während der Sinaiaktion 1956, hatte er Gelegenheit, nach El Arisch zurückzukehren, und jetzt im Sechstagekrieg, 1967, stand er bereits zum dritten Mal an der gleichen Front.

Nach dem Befreiungskrieg fiel Bar-Lev die Aufgabe zu, junge Offiziere auszubilden, ein Urlaubsjahr nützte er zur Fortsetzung seiner Studien aus, und 1952 wurde er Kommandant einer Abteilung im Norden des Landes. 1954-55 befehligte er die Brigade Giwati, die den besten Ruf als Kampfformation der israelischen Infanterie hat und der daher stets schwierige Aufgaben anvertraut werden. Anfang 1956 begab er sich zum Weiterstudium nach England, kehrte zum Sinaifeldzug zurück und übernahm als General der Panzertruppe die Fronten von Rafa und El Arisch, wo er bis zum Suezkanal vorstiess. 1957 bis 1961 war er Kommandant der Panzerwaffe. Dann vollendete er seine Studien in Nordamerika und wurde 1963 an der Columbia Universität von der Fakultät für Nationalökonomie zum MA promoviert. Anfang 1964 wurde er Chef der Operationsabteilung im Generalstab. Im Mai 1966 widmete er sich nochmals militärischen Studien, diesmal in Frankreich.

Vor dem Sechstagekrieg wurde er stellvertretender Generalstabschef, was die geschmeidigste Position im Generalstab ist. Er war auch tatsächlich an allen Fronten zu sehen, in der Jerusalemer Altstadt, am Suezkanal auch im syrischen Abschnitt an der Golanhöhe.

Die Ernennung von Bar-Lev ist also keineswegs eine Ueberraschung, sondern er ist die lange Stufenleiter des Militärs und der Offiziersränge durch ununterbrochene Leistung und mit Hingabe an diese Berufung langsam und stetig emporgestiegen. Er folgte wiederholt Jitzchak Rabin in seinen Positionen und gelangte nun, nachdem er sich auch intensiv theoretischen Studien gewidmet hatte und sich nicht allein mit der Offizierspraxis begnügte, zur obersten Position, der er zweifellos gewachsen sein wird.

Was sein Privatleben anlangt, so ist er verheiratet und Vater einer Tochter und eines Sohnes. Da seine Haare bereits leicht angegraut sind, macht er einen etwas älteren Eindruck, obwohl er erst 43 Jahre alt ist. Bar-Lev ist mittelgross, zurückhaltend und in seinem ganzen Sein und Interesse auf seine Aufgabe konzentriert. Zahal und die Sicherheit des Staates Israel liegen bei ihm gewiss in guten Händen.

Brandstiftungen

London. — Ein Sprecher der britischen Regierung informierte im Unterhaus Jass im Jahre 1966 neunzehn Fälle von Brandstiftungen oder böswillig angerichteten Schäden an Synagogen und Gebäuden jüdischer Institutionen vorgekommen seien. Im Jahre 1967 sind „nur" neun solcher Fälle zu verzeichnen gewesen.

Persoenliche Daten

Seit dem 1. Januar 1968 hat die israelische Armee in General Chaim Bar-Lev einen neuen Generalstabschef. General Jizchak Rabin, der Sieger des Sechstagekrieges, ist vom Amt des Generalstabschef zurückgetreten und geht als Israels Botschafter in die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der neue Oberkommandierende der israelischen Streitkräfte war seit letztem Mai der Stellvertreter Rabins.

General Bar-Lev hat folgende Lebensgeschichte: Geboren im Jahr 1924 besuchte Bar-Lev die landwirtschaftliche Schule von Mikwe Israel, um dann später an der Columbia Universität Verwaltungs- und Wirtschaftswissenschaften zu studieren. 1963 beendete er seine Studien mit den entsprechenden akademischen Graden.

Schon während seiner Schulzeit trat Bar-Lev der Hagana bei, in deren Elitetruppe er schnell aufgenommen wurde (Palmach). Er erhielt eine Reihe von Spezialausbildungen in Sonderkursen, da er sich vielfach auszeichnete. Schon mit 20 Jahren war er Kompagnieführer leitete Widerstandsgruppen gegen die Mandatarmacht und erhielt eine Reihe wichtiger militärischer Aufgaben übertragen. Schliesslich wurde er zum Ausbildungsleiter der Palmach bestimmt, bis man ihn 1948 zum Leiter der Negew-Brigade ernannte, die den Schutz der südlichen Punkte und der Wasseranlagen zur Versorgung der Kolonien im Süden des Landes zu verantworten hatte.

Es war am 15. Mai 1948, als die Aegypter in den Süden Israels einbrachen, wo sich ihnen die Brigade unter Bar-Lev entgegenwarf, nachdem die Kolonie Nirim von den Aegyptern angegriffen worden war. Wenige Monate später komandierte General Bar-Lev eine mechanisierte Truppe die bis El Arish vorstossen konnte.

Nach dem siegreich beendeten Krieg wurde Bar-Lev zum Chef der Ausbildung der Kommandanten ernannt, machte sein Kriegspiloten-Examen und nahm an einem Fortbildungskurs für höhe Offiziere in England teil.

Während des Sinai-Feldzuges kommandierte Bar-Lev eine Panzer-Brigade, die über Rafia und El Arish bis an den Suezkanal vorstiess. Nach dem Feldzug wurde er zu weiteren Ausbildungszwecken nach Westeuropa geschickt, wo er sich mit Studien der Panzerwaffe beschäftigte. Er kam dann nach den USA, wo er gleichzeitig seine bereits erwähnten Studien an der Universität abschliessen konnte. Nach seinen Studien unternahm er Reisen nach den Filippinen, Japan, Thailand, Burma und Südvietnam, wo er die militärischen Probleme studierte.

1964 wurde Bar-Lev zum Chef der Operationen der Armee im Generalstab ernannt. In dieser Eigenschaft nahm er an einem Sonderkurs für hohe Offiziere in Frankreich teil. Er wurde im Mai 1967 nach Israel zurückgerufen, nachdem sich die Lage inzwischen verschärft hatte. Bar-Lev wurde sofort zum stellvertretenden Generalstabschef ernannt, das Amt, das er während des Sechstagekrieges bekleidet hat.

Der neue Oberkommandierende der israelischen Verteidigungsarmee ist verheiratet, er hat eine Tochter und einen Sohn. —

Estudio Jurídico Internacional

Dr. Hardi Swarsensky

ASUNTOS EUROPEOS EXCLUSIVAMENTE

ALLE ENTSCHAEDIGUNGSFRAGEN

BUEROSTUNDEN:
von 15 — 19 Uhr

NUR Dienstag und Mittwoch

(Ich bitte nicht vor 14 Uhr zu erscheinen)
oder nach Vereinbarung

T. E.: 83 - 2613

Dr. Günter Frey

ASUNTOS ARGENTINOS Y SUDAMERICANOS

IM JANUAR VERREIST

T. E.: 80 - 6930

PUEYRREDON 2190 esq. Av. LAS HERAS

Gemeinden und Vereine

NUEVA COMUNIDAD ISRAELITA

Rabino Hanns Harf T. E. 73-3180
Sinagoga Chaim Weizmann ARCOS 2219
Secretaría: ARCOS 2319 — T. E. 78-0281 y 78-0906

GOTTESDIENSTE CHAIM WEIZMANN-SYNAGOGE:

Täglicher Gottesdienst:
Morgens: 7 Uhr
Abends: 19 Uhr

Sonntags u. staatl. Feiertage
Morgens: 7 Uhr 30
Abends: 19 Uhr 30

Gottesdienste:

Schabbos WOERO
Freitagabend: 19 Uhr —
Samstagmorgen: 9 Uhr
Chor — Ansprache des Rabbiners.
Rausch Chaudesch - Benschen.
Samstagabend: 20 Uhr 20
Ausgang: 20 Uhr 46

Trauung:

Am morgigen Sonnabend findet um 21 Uhr 45 in unserer Synagoge die Trauung von Herrn Samuel Sevi und Frl. Maria Bevone statt, denen wir auch an dieser Stelle herzlich gratulieren.

Sprechstunde des Praesidiums der Gemeinde:

Wir weisen alle Mitglieder und Freunde der Gemeinde darauf hin, dass die Mitglieder des Präsidiums der Gemeinde ihnen jeden Montag und Donnerstag von 19 bis 20 Uhr bereitwilligst zur Verfügung stehen.

Hinweis für unsere Mitglieder:

Wir bitten höflich sich bei eingetretenen Sterbefällen mit Herrn Rabb. Hart — 73-3180 — oder Herrn Jastrow — 701-8964 — in Verbindung setzen zu wollen.

Círculo Weekend:

ASADO:
Am Sonntag, den 31. März 1968 findet unser Asado in Olivos, Juan B. Alberdi 410 statt.
Nähere Einzelheiten werden an dieser Stelle bekannt gegeben.

Festsaele:

Vermietung für Festlichkeiten jeglicher Art — Auskunft im Gemeindesekretariat.

Oekonomie im Gemeindehaus:

Ausrichtung von Festlichkeiten aller Art — koscher — übernimmt Herr Siegfried van Geldern. Zu erreichen unter T. E. 78-7625 und 78-0281.

—:o:—

BETH HAMIDRASCH

CERRITO 774

GEBETZEITEN:
Schabbos WERO
Freitag, den 26. Januar:
Eingang: 19 Uhr 30
Samstag, den 27. Januar:
Schacharis: 9 Uhr
Anschliessend an das Gebet „Raschi Schiur".
Gemoro Schiur: 18 Uhr 30
Minchoh: 20 Uhr
Ausgang: 20 Uhr 46
Wochentage:
Von Sonntag bis Freitag: Schacharis 7 Uhr.

ASOCIACION RELIGIOSA CONCORDIA ISRAELITA

Moldes 2449 — T. E. 73-6719
Schabbos WOERO
Freitag, den 26. Januar:
Eingang: 19 Uhr 30
Samstag, den 27. Januar:
Schacharis: 8 Uhr 30
Gemoro Schiur: 18 Uhr 15
Raschi Schiur: 19 Uhr 15
Minchoh: 19 Uhr 45
Ausgang: 20 Uhr 46
Wochentage:
Sonntag, Schacharis: 7 Uhr. Montag bis Freitag, Schacharis: 6 Uhr 30. Sonntag bis Donnerstag: Minchoh: 19 Uhr 55.

Asociación Religiosa y Cultural Israelita LAMROTH HAKOL

Caseros 1450 Florida
Rabinato: Paul Hirsch
T. E. 749-4261
Secretaría: T. E. 795-0380

GOTTESDIENSTE:
Freitagabend: 19 Uhr
Samstag-Morgen: 9 Uhr.
Barmitzwoh Jorge Eduardo Stein.

QUINTA:
Wir empfehlen unseren Mitgliedern unsere Quinta in Benavidez (Ruta 9 Km 39) zu besuchen und wird sicherlich jeder über diese herrliche Neuerwerbung unserer Gemeinde begeistert sein. Die Quinta hat einen grossen Baumbestand, Pileta und Sportplätze für unsere Jugend. Man erhält dort ein vorzügliches und preiswertes Essen und ist der Aufenthalt eine Erholung und Vergnügen für jung und alt.

CAMPAMENTO LA CUMBRE:
Die Rückkunft des Januarturnus aus dem Campamento in La Cumbre ist am Donnerstag, den 1. Februar morgens zwischen 8 Uhr 30 und 9 Uhr.
Für den Februaturnus haben wir noch einige Plätze verfügbar und wollen sich Interessenten mit dem Sekretariat in Verbindung setzen, wo jede gewünschte Auskunft gerne erteilt wird.

BET ISRAEL

Crámer 2070 — Tel.: 78-8936

GOTTESDIENST AM SCHABBAT WAERA 26.—27. Januar 1968:
Freitag Abendgottesdienst 19 Uhr.
Sonnabend: Morgengottesdienst 8 Uhr 30.

NEUE JUEDISCHE SCHULE:
Unter dem Patronat der Gemeinden Bet Israel, Nueva Comunidad Israelita und von ACIBA ist eine neue Schule gegründet worden die den Namen „Escuela Raschi" trägt und vom Vaad Hachinuch der AMIA anerkannt wurde. Weitere Einzelheiten werden wir noch bekannt geben.

BIBLIOTHEK UND LESEZIMMER:
Geöffnet Montag und Donnerstag (mit Ausnahme von Feiertagen) von 16 Uhr 30 bis 18 Uhr 30.

CIRCULO DE RECREO:
Jeden Sonntag treffen wir uns auf der herrlichen Quinta in Los Polvorines Calle Moreno y Morandini, 2 Quader von der Station entfernt. Züge ab Station Aristóbulo del Valle und abends Leerzüge von Los Polvorines.

VERMIETUNG UNSERER SAELE
Zur Ausrichtung von Familienfesten stellen wir grosse oder kleine Säle unseren Freunden zur Verfügung.

A. C. I. B. A.

ARAOZ 2854

Tel.: 71-9059 — 72-2725

BANFIELD:
Unser Wochenendplatz erfreut sich immer grösseren Zuspruchs. Das Restaurant funktioniert gut und die Banfield-Kommission tut alles, um den Aufenthalt so angenehm wie nur möglich zu gestalten.

FERIENLAGER BARILOCHE:
Begeistert bereitet sich unsere Jugend, unter Leitung von Mario Tannenbaum, auf die Abreise nach Bariloche vor. Eine recht sympathische Gruppe unserer jungen Leute fährt am 1. Februar hier ab. Alle Eltern sind herzlich eingeladen, diese Gruppe in Constitución um 16 Uhr 40 zu verabschieden. Anfragen unter 72-2725 und 86-5986. Wir wünschen allen eine recht schöne Reise, viel Vergnügen und eine gute Rückkehr.

80. Geburtstag

Am vergangenen 22. Januar feierte Dr. Kurt Boehm in Arequipa (Perú) seinen 80. Geburstag in voller körperlicher und geistiger Frische. Als Anwalt und Notar in Hindenburg (Oberschlesien) tätig, war er besonders als hervorragender Kriminalist bekannt. In seiner Heimatstadt widmete er einen grossen Teil seiner Freizeit dem aktiven jüdischen Leben. Er bekleidete führende Aemter in der Loge B'nai B'rith und in anderen jüdischen Organisationen.

1939 wanderte er mit seiner Frau Martha und Tochter Inge nach Bolivien aus, wo er sich bald mit voller Kraft wieder den jüdischen Gemeindearbeiten zur Verfügung stellte. Seiner Initiative ist es mitzuverdanken, dass in La Paz die „Jüdische Kulturgemeinschaft" (JKG) und eine Filiale der B'nai B'rith, deren zweiter Präsident er wurde, gegründet worden sind.

Seine geistig hochstehenden und von Humor gewürzten Vorträge sowie seine aussergewöhnlichen Kunstkenntnisse haben das Kulturleben in La Paz bereichert.

1955 übersiedelte der Jubilar zuerst nach Cuzco (Perú) und 1960 nach Arequipa (Perú), wo er heute noch mit seiner Tochter, seinem Schwiegersohn Kurt Reich und zwei Enkelkindern ansässig ist.

Dankbar für alles, was er in La Paz (Bolivien) geschaffen und geleistet hat, entbieten ihm seine vielen Freunde und Brüder der B'nai B'rith die herzlichsten Glückwünsche.

KERÊN KAYEMET LEISRAEL

קרן קיימת לישראל

COMITE CENTROEUROPEO
Corrientes 2294 — VI. Stock — T. E. 48-3695, 48-5683

¿QUE HACE EL KEREN KAYEMET LEISRAEL?

Muchas veces se habrá preguntado, amigo lector, qué hace nuestra institución con sus recaudaciones. Simplemente ha convertido el desierto en un jardín; de las rocas extrajo manantiales que florecieron en bosques; de riesgosos puestos de avanzada nacieron poblados civiles que gracias a sus caminos se convirtieron en nacientes ciudades industriales.

Con el árbol piadoso que Ud. adquiere en memoria de un ser querido, va lentamente poblando una tierra que, antes agreste, cumple hoy con el bíblico pensamiento de ser "una tierra de la que mana leche y miel". La moneda que sin darle mayor importancia deja caer en nuestras alcancías hace que los "olim" puedan recibir su parcela de "tierra prometida" y realizarse plenamente en su total dimensión judaica.

No olvide nunca que el KKL fué la primera institución que con su obra ayudó a los primeros inmigrante a radicarse en Israel y que su contribución, es la forma más elemental de acercarse a sus hermanos y colaborar en su real afincamiento. Todo lo que el KKL le pide es que cuando mire una de sus alcancías vea reflejar en ella la posibilidad de cumplir con un indiscutible mandato del corazón y un inapelable deber de conciencia.

CUMPLAMOS CON EL, QUE ES CUMPLIR CON NOSOTROS MISMOS!

Blumenabloesung

in Form von Glückwunsch- sowie Trauer - Telegrammen und Baumdiplomen bei jeder Gelegenheit bitten wir unter folgenden Telefon-Nummern aufzugeben:

73-9026 Sra. Weinstein
70-4696 Sra. Blumenthal
11—13 Uhr
64-2965 Sra. Lubascher
54-3209 Frl. Wertheimer
48-3695 Sekretariat
48-5683 „

UNSERE TELEGRAMME sind in Belgrano jederzeit erhältlich bei: „Bet Israel", Cramer 2070, T. E. 78-8922. VEROPLAST — Werner Rosenberg, Monroe 3640, T. E. 78-8249.

IN FLORIDA: „Lamroth Hakol", Caseros 1450, T. E. 795-0380.

DIE JUDEN IN OESTERREICH

Geschichte, Literatur, Leben und Schaffen, Erinnerungen, Biographien, Antisemitismus und Vernichtung

Herausgegeben von JOSEF FRAENKEL

30 ESSAYS IN ENGLISCHER UND 6 IN DEUTSCHER SPRACHE

Mitarbeiter u. a.: Moshe Atlas, Norman de Mattios Bentwich, Solomon A. Birnbaum, Max Brod, Josef Fraenkel, Gustav Jellinek, Franz Kobler, Silvio S. Stoessl, Arieh Tartakower, Naftali H. Tur-Sinai, Wolfgang von Weisl.

WORLD COUNCIL OF JEWS FROM AUSTRIA
600 Seiten 63 s.
Vallentine, Mitchell Publichers
18 Cursitor Street, London, E. C. 4

Geschenk- und Beileid-Glückwunsch-, Blumen-, ABLOESUNGEN
zu Gunsten der
Asociación Filantrópica Israelita
CANGALLO 1479 1º 40-4900 — 40-9535

KEHILLA PASTEUR 633
T. E. 47-9096—99

Werden Sie Mitglied der Jüdischen Gemeinde

Es ist die Pflicht eines jeden Juden, der Jüdischen Gemeinde von Buenos Aires als Mitglied anzugehören. Informationen und Antragsformulare in unserem Büro, Pasteur 633, 1. Stock.

JUNCAL
Sociedad Cooperativa de Crédito Ltda.
LUNES A VIERNES DE 12—15 HORAS
ARAOZ 2854
T. E. 71-9059

WIR BITTEN
UNSERE LESER
auf diesem Wege, von der Moeglichkeit direkter Ueberweisung der faelligen Abono-Gebühren frdl. Gebrauch machen zu wollen
Direkte Einsendung des Abono-Betrages
in SCHECK — GIRO — BONO POSTAL

LA SEMANA ISRAELITA
Pueyrredón 2190, 1º izq.
Capital

Hierdurch überweise ich Ihnen den Betrag von m$n ..... aus nachstehender Abrechnung. In Erwartung Ihrer Quittung begrüsse ich Sie

.....
(Name)

.....
(Adresse)

N. B.: Wir bitten, Einzahlungen zu richten an: LA SEMANA ISRAELITA.

Jahr 1967: .... m/n 1.200.—
Jahr 1968: .... m/n 1.200.—
Pro Quartal: ... m/n 300.—

(Nicht gewünschte Zahlung ausstreichen)

Zankapfel seit Jahrhunderten

Erez Israel war schon immer an Paradoxa reich. Die Wiege des Monotheismus, der ein „Licht für die Völker" entzündete, die in heidnischer Vielgötterei dahindämmerten oder sich „er-götzten", wurde im Laufe einer sehr bewegten Geschichte zum Zankapfel zwischen Abendland und Morgenland. Wie in einem Brennglas konzentriert sich der Streit, weil wesentlich religiös bestimmt, auf die Heiligen Stätten der Religionen und Sekten, die in diesem Land Rechte und Vor-Rechte beanspruchen und behaupten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass auch jetzt ein nicht unerheblicher Aspekt des Kampfes um die politische Neugestaltung Erez Israels — welche Grenzen auch immer man für diesen geographischen Begriff zieht — die Heiligen Stätten der anerkannten Religionen betrifft, und weil dort, wo Religion und religiöse Gefühle betroffen werden, Fanatiker leichteres Spiel haben als anderwärts, ist die Nachkriegsperiode mit dieser besonders schweren Hypothek belastet.

Wie oft wurden schon Kriege um die Heiligen Stätten geführt, wie oft waren die Heiligen Stätten Anlass oder mitbestimmender Grund für militärische Auseinandersetzungen in anderen Ländern! Und wie oft wurde die Notwendigkeit von Schutz und Schirm nur vorgeschoben und vorgetäuscht, um handfeste materielle Interessen zu verfolgen!

Das eklatanteste Beispiel dafür sind die Kreuzzüge (1095—1291), unternommen, um die Heiligen Stätten der Christenheit, vor allem die Grabeskirche in Jerusalem und die Geburtskirche in Bethlehem den Ungläubigen, d. h. den Moslems, zu entreissen und dort wieder ein christliches „Königreich Jerusalem" zu errichten. Die wirklichen Gründe für die auf Veranlassung des Vatikans erfolgte Intervention und die mehrfachen Expeditionen der Kreuzritter-Heere waren einmal die Furcht vor einem Vorrükken der Seldschukischen Türken, die das schwach und schwächer werdende Byzantinische Reich bedrohten, zum anderen der Expansionsdrang der erstarkten italienischen Stadtstaaten Genua, Pisa, Venedig, die den Markt der Orientländer für europäische Waren zu erobern suchten.

Das christliche Königreich Jerusalem hatte nur kurzen Bestand. Was als Verbrechen begonnen hatte, jener blutbesudelte Zug von Raubrittern, Abenteurern, Vaganten und Marketenderinnen durch Europa und Vorderasien — endete als politische Katastrophe. So blieben die christlichen Heiligen Stätten mit der kurzen Unterbrechung in der Kreuzfahrerzeit fast dreizehn Jahrhunderte unter moslemischer Oberhoheit.

Die naturgegebene Gegnerschaft gegen die „konkurrierende" Religion führte jedoch nicht zu brüderlichem Einverständnis der verschiedenen christlichen Glaubensgemeinschaften, die, aus dogmatischen Gründen gespalten und verfeindet, sich um Besitzrechte und Privilegien an ihren Heiligen Stätten zu streiten begannen, bis sich erst im Laufe des vergangenen Jahrhunderts feste gewohnheitsrechtliche Regelungen herausbildeten.

Die diversen Orden und Religionsgemeinschaften kamen schliesslich zur Einsicht, dass der Kampf um die örtliche Suprematie in einer Kirche oder einem Kirchenschiff, wenn weiterhin mit Fanatismus ausgetragen, die gewohnheitsrechtlich erworbenen Privilegien (wie etwa das Recht, ein bestimmtes Fenster zu putzen, oder die Kerzen in einem Leuchter zu ersetzen) in Gefahr zu bringen geeignet ist. Das Ergebnis war eine Reihe von Kompromiss-Lösungen unter Aegide der Schutzmächte, die an der Aufrechterhaltung des Status quo interessiert waren.

Der Begriff Status quo ist keine „Erfindung" der Neuzeit. Seine Definition bezüglich der Heiligen Stätten der Christenheit basiert auf dem 1852 erlassenen Firman des Sultans Abdul Mejid. Aber schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts war eine neue Macht im Vorderen Orient aufgetaucht: Russland, und machte Einfluss und Ansprüche geltend. Die Geschichte wiederholt sich zwar nicht, aber sie bewegt sich spiralenförmig, und eine scheinbare Parallele erweist sich bei eingehenderem Studium als Fortsetzung alter Politik mit neuen Mitteln.

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts suchte Russland jedenfalls auch über die prawoslawische Kirche sich im Orien festzusetzen. Dies war mit ein Anlass zum Krimkrieg, in den Frankreich, England, Oesterreich und das Königreich Sardinien verwickelt wurden. Russland wurde nach einem auf beiden Seiten geradezu kläglich geführten Feldzug auf der Halbinsel Krim (daher der Name der Auseinandersetzung) geschlagen und musste seine Schutzmacht - Aspirationen für Jerusalem aufgeben, während Oesterreich, dessen Kaiser weiterhin den Titel „Apostolische Majestät" führte, zusammen mit England und Frankreich den Status quo der Heiligen Stätten garantierten. Nach dieser Garantie-Erklärung im Pariser Vertrag von 1855 bestätigte Sultan Abdul Mejid 1868 und 1869 erneut den Status quo. Schliesslich brachte der Wiener Vertrag von 1878, der den russisch-türkischen Krieg beendete, eine neue internationale Garantie des Status quo der ohne Zustimmung der Signatarstaaten nicht abgeändert werden sollte.

An dieser Rechtslage hatte sich auch durch den ersten Weltkrieg und seinen Ausgang im wesentlichen nichts geändert. „Palästina" kam zwar erstmals unter Kontrolle einer christlichen Macht (Grossbritannien), aber am Status der Heiligen Stätten wurde nicht gerüttelt. Im Palästina-Mandat war die Bildung einer besonderen Kommission für die Heiligen Stätten vorgesehen, doch konnten sich die (christlichen) Mächte nicht über die Zusammensetzung der Kommission einigen. Daher blieb sie genauso papierene Deklaration wie die Klausel im Waffenstillstandsvertrag zwischen Israel und Transjordanien vom Jahre 1949, die den Juden freien Zugang zur Klagemauer sichern sollte.

Während jedoch die christlichen Heiligen Stätten in der Mandatszeit frei zugänglich waren, hat die transjordanische Regierung sich all die Jahre seit 1949 obstinat geweigert, einen Vertreter in die Kommission zu entsenden, die der Waffenstillstandsvertrag zur Durchführung der Passage-Garantie vorsah. Die Transjordanier hatten offensichtlich das Verhalten der Grossmächte nachgeahmt... Dies wiederum ein eklatantes Beispiel für die Wirkung von Präzedenzfällen, die zwar nicht „Recht" setzen können, aber zu gewohnheitsrechtlich sanktionierten Regelungen führen. Werden sie widerspruchslos hingenommen, verwachsen sie unweigerlich zum Status quo.

Hinsichtlich der Heiligen Stätten hat Israel seine Entschlossenheit bekundet, am Status quo nicht zu rühren. Welches Interesse sollte dieser Staat auch haben, sich in die internen Auseinandersetzungen oder Streitigkeiten der christlichen Religionsgemeinschaften einzumischen? Die Israelis sind heilfroh, wenn sie in sie nicht verwickelt werden. Das sollte eigentlich allen massgebenden Kirchen- und Ordenshäuptern klar sein. Um so verwunderlicher ist es, dass der Vatikan an seiner Forderung nach Internationalisierung Jerusalems festhält.

Der seinerzeit im Zusammenhang mit der Teilung des Landes von den UN gefasste Beschluss, Jerusalem als corpus separatum von den übrigen Landesteilen, dem jüdischen sowie dem arabischen, zu lösen wurde nicht verwirklicht. Er ist durch die kriegerischen Ereignisse und die politische Entwicklung des Landes überholt. Gleichwohl wird er vom Vatikan gerade in jüngster Zeit erneut aufs Tapet gebracht. Doch wäre es irrig anzunehmen, dass der Vatikan ihn bereits begraben und nur nach dem Sechstagekrieg erneut hervorgeholt hätte. Wenn man sich vergegenwärtigt mit welch diplomatischer Finesse und Spitzfindigkeit seinerzeit der Papstbesuch im Heiligen Lande aufgezogen wurde, und wie ängstlich der Papst und sein Gefolge es vermieden, die jüdische Territorialhoheit über Jerusalem anzuerkennen, wird man die vertrackte Gradlinigkeit der Vatikanpolitik erkennen.

Trotz aller Umwälzungen dogmatischer Art, wie sie das „Judendokument" des 2. Vatikanischen Konzils brachte, ist die Abneigung offenbar noch unüberwindlich, Juden wieder im Besitz ganz Jerusalems zu sehen. Ausserdem wird der Vatikan von dem Wunsch geleitet, den christlichen Konfessionen in den moslemischen Ländern die Gunst der dortigen Herrscher zu erhalten. Ueberdies hatte er sich mit der Oberhoheit eines moslemischen Staates (wie Transjordanien) über die Heiligen Stätten der Christenheit abgefunden, wird damit doch nicht nur eine historisch gewordene Tradition fortgesetzt, sondern sind auch die Sachwalter der Kirchen, Klöster, Internate und Ordensinstitute in Ostjerusalem und Bethlehem heute vielfach arabische Christen. Mit ihnen und von ihnen ist für das Kirchenregiment nicht nur nichts zu befürchten, sondern sie sind die treuen Söhne im Gegensatz zu den „perfiden Juden".

Israel wird diese Vorurteile genau so wenig abzubauen vermögen, wie es den Moslemischen Rat, der im Gebiet des Tempelplatzes die Oberaufsicht führt, von seiner Friedfertigkeit und Entschlossenheit, auch die Helligen Stätten der Moslems su schützen, überzeugen wird. Raw Goren ist schliesslich eine Persönlichkeit von Rang, und er verfügt über einen gewissen Anhang. Das ist in Jerusalem genau so bekannt, wie es in der ganzen moslemischen Welt als „Beweis" für die angeblich hinterhältigen Absichten „der" Juden hinausposaunt wird. Es ist schwer zu glauben, dass die Befürworter einer „Judaisierung" des Tempelplatzes, d. h. des Areals zwischen Omar-Moschee und El Aksa-Moschee, sich nicht darüber im klaren waren, welch politischer Sprengstoff hier liegt. War es aber nur Einfältigkeit, so ist sie geradezu sträflich! Die Israelis haben damit zusätzlich zu ihren anderen nicht geringen Schwierigkeiten die ganze moslemische Welt gegen sich in Harnisch gebracht.

Auch für diese ist es, wie für den Vatikan, ein schier unerträglicher Gedanke, dass Juden über Ostjerusalem die alleinige Herrschaftsgewalt ausüben. Die moslemische Geistlichkeit wird nichts unversucht lassen, um Israels Anspruch auf die ganze Stadt hartnäckig zu bestreiten und Schwierigkeiten bereiten, wo sich nur die Möglichkeit dazu bietet. Schon haben geistliche moslemische Autoritäten erklärt, die Klagemauer sei moslemisches Eigentum und die Juden hätten höchstens das Recht, dort zu beten.

In einem Memorandum, das 39 Unterschriften trägt und das kürzlich U Thants Sonderemissär für Jerusalem, Dr. Ernesto Thalmann, überreicht wurde, wird darauf hingewiesen, dass der Status von Klagemauer und Tempelbezirk im Jahre 1930 von der britischen Mandatsmacht fixiert worden sei. Die Engländer hätten, so heisst es, eine Völkerbundsresolution akzeptiert, derzufolge die Moslems als alleinige Eigner der Mauer anerkannt wurden, „die ihrerseits einen Bestandteil des Tempelareals bildet". Auch die im Umkreis der Mauer errichteten Baulichkeiten, die inzwischen niedergerissen wurden, seien Eigentum der moslemischen Güterverwaltung (Wakf) gewesen.

Die Implikation ist klar: Israel macht sich einer fortgesetzten Verletzung moslemischer Heiliger Stätten schuldig. Dies gelte auch, so heisst es in dem Memorandum, von der Höhle Machpela in Hebron, die in einer Moschee liegt, was niemand bestreitet, und jede Veränderung des Status quo dort sei ebenfalls eine Entweihung.

Gegenargumente gegen diese Beweisführung werden in der moslemischen Welt, die ohnehin leicht zu Gefühlsausbrüchen neigt und sich geschwind zum ‚heiligen Krieg' aufputschen lässt, kaum verfangen. Man muss mit dieser religiös untermauerten Gegnerschaft rechnen. Israels Schutzbehauptung, es garantiere nunmehr den Angehörigen aller Religionsgemeinschaften freien Zugang zu und ungestörten Gottesdienst an den Heiligen Stätten prallt ab an Fanatismus und unausrottbarem Vorurteil: der Jude ist schuld, der Jude ist Fremdkörper, der Jude ist Gottesleugner.

So sind gerade die Heiligen Stätten im heiligen Land Zankapfel geblieben, wie sie es im Grunde immer waren, über alle Kriege und alle Siege.

Gaeste aus Argentinien

Haifa. — Auf Einladung des Ministeriums für Tourismus kamen vier argentinische Geistliche, Pablo Robbio, Cesarea Campos, Ricardo O'Farrell und Maggiorino Fausone nach Israel. Die Genannten sind Direktoren katholischer Schulen in Argentinien. Sie werden eine Woche lang Fahrten durch das Land unternehmen und im besonderen die christlichen Heiligen Stätten besuchen.

Der argentinische Botschafter in Israel, Don Rodolfo Baltierrez empfing die Gäste bei ihrer Ankunft. (ITA)

Merkwürdiges Paar

Paris. — Hier wurde bekanntgegeben, dass Jean Francis Steiner, der Autor des Buches „Treblinka", dessen Vater in Auschwitz ums Leben kam, die Enkeltochter des hitleristischen Generalfeldmarschalls Walter v. Brauchitsch, des früheren Oberkommandierenden der deutschen Armee, geheiratet habe. Steiner, der 29 Jahre alt ist, erklärte den Journalisten: „Wenn unsere Ehe irgendeine spezifische Bedeutung hat, so ist das nicht ein Verzeihen oder Vergessen. Meine Frau ist genau so wie ich ein Opfer der Umstände gewesen. Eine schwere Vergangenheit lastet auf ihr, was man nicht bestreiten kann, aber sie ist nicht dafür verantwortlich, doch hierdurch werden zwischen uns keine Sentiments geschaffen".

Steiner lernte seine Frau vor acht Jahren kennen, als sie auf der Sorbonne studiert hat. Er sagte wörtlich: „Schliesslich ist unser Verhältnis eine ganz gewöhnliche Liebesgeschichte zwischen einem Mann und einer Frau." (ITA)

Mein lieber Mann, lieber Sohn, Bruder, unser lieber Pappi, Schwiegersohn, Schwager, Onkel und Neffe, Herr

CARLOS BOTTWIN

hat uns am 21. Januar für immer verlassen.

JUTTA EDITH BOTTWIN
geb. ANSTREICHER
DEBBIE und VIVIAN
ADOLFO BOTTWIN und Frau
ELUARDO BOTTWIN und Frau
sowie Verwandte in Argentinien, Brasilien und Israel.

Ayacucho 440

BIBLIOTECA POPULAR JUDIA

Publicaciones del Ejecutivo Sudamericano del Congreso Judío Mundial

unter der Leitung von MARK TURKOW

Colección: GRANDES FIGURAS DEL JUDAISMO

1. Samuel Rollansky: SCHOLEM ALEIJEM
2. Natan Gesang: YEHUDA HALEVI
3. Simja Sneh: SCHMUEL IOSEF AGNON
4. León Dujovne: MAIMONIDES
5. Nahum Goldmann: TEODORO HERZL
   (Die Hefte 1—5 sind vergriffen)
6. Schalom Rósenberg: FILON DE ALEJANDRIA
7. Eugen Relgis: STEFAN ZWEIG
8. David Elnecavé JEREMIAS
9. León Dujovne: MOISES HESS
10. Jaime Barylko: ISAIAS
11. Josef Fraenkel: NAHUM GOLDMANN
12. Heszel Klepfisz: BAAL SCHEM TOV
13. Mark Turkow: JANUSZ KORCZAK
14. Jaime Barylko: DAVID, Rey de Israel
15. Hardi Swarsensky: WALTHER RATHENAU
16. Heriberto Haber: JONAS
17. León Dujovne: HILEL ZEITLIN
18. Jaime Barylko: JOSUE
19. Sofia Erlich-Dubnow: SIMON DUBNOW

IN VORBEREITUNG u. a.

Jaime Finkelsztejn: BER BOROCHOW
Luis Kardüner: MENDELE MOIJER SFORIM
Sion Cohen Imach: BEN GURION
Itzhak Harkavi: MOSHE SHARETT

Colección: HECHOS DE LA HISTORIA JUDIA

1 Menajem Boreisho: LA HISTORIA DEL IDISCH
2 Teodoro Herzl: EL PRIMER CONGRESO SIONISTA
   (Diese beiden Hefte sind vergriffen)
3 Abraham Platkin: LA HISTORIA DEL HEBREO
4 Simja Sneh: HISTORIA DE UN EXTERMINIO
5 Shalom Rosenberg: BREVE HISTORIA DE JERUSALEM
6 Chaim Weizmann: HISTORIA DE LA DECLARACION BALFOUR
7 PAUL WARSZAWSKI: HISTORIA DE LA PARTICION DE PALESTINA

IN VORBEREITUNG u. a.

León Dujovne: LA CONCEPCION DE DIOS EN LA BIBLIA
Miguel Smilg-Benario: LA LEYENDA DEL CRIMEN RITUAL
Jaime Barylco: LOS SALMOS

Bestellungen an das Büro des CONGRESO JUDIO MUNDIAL

Avda. CORRIENTES 1979 — BUENOS AIRES

Correo Argentino Central B
Concesión 908
FRANQUEO PAGADO
TARIFA REDUCIDA
Concesión 1629

SEMANA ISRAELITA

Año XXIX BUENOS AIRES, VIERNES 26 DE ENERO DE 1968 Nº 2253

EL EJEMPLAR en toda la República 30.-
PUEYRREDON 2190 1º Izq.
Buenos Aires
T.E. 83 - 2613

Unsichere Lage in Mittelost

von B. B. SAMUEL

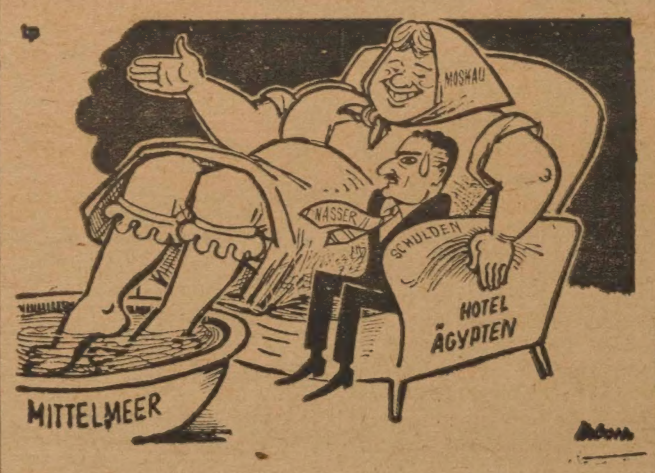
Obwohl wieder davon die Rede ist, dass Transjordanien zum Abschluss eines Sonderfriedens mit Israel bereit wäre, wird König Hussein nicht müde, von einer arabischen Hauptstadt in die nächste zu reisen und die Metropolen der Grossmächte zu besuchen, um Hilfe für sein Land und Unterstützung für die „arabische Sache" zu finden. Seine Besprechungen deuten ebenso wenig wie die dauernden Grenzzwischenfälle längs des Jordan auf Friedensbereitschaft, der heute die Grenze zwischen Transjordanien und Israel bildet.

Man kann verschiedener Auffassung darüber sein, ob es richtig war, dass die israelische Regierung der arabischen Bevölkerung in den nunmehr von Israel befreiten bzw. okkupierten Gebieten sofort die Erlaubnis gab, frei im Lande herumzureisen. Dadurch wurde den Widerstandsnestern und Terroristen - Gruppen die Möglichkeit einer viel freieren Betätigung gegeben, als dies ohne diese israelische Grosszügigkeit der Fall gewesen wäre. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass auch die Terroristen ihren Rückhalt in Transjordanien finden, wobei es nicht entscheidend ist, ob die Initiative von offiziellen Kreisen ausgeht oder nicht. Denn dass von offizieller Seite gegen diese Terrorakte nichts unternommen wird, dürfte unbestritten sein.

Auch diese Aktivitäten, die in Transjordanien ihren Ausgangspunkt haben, stehen mit den Gerüchten transjordanischer Friedensbereitschaft in Widerspruch.

Demgegenüber ist es an den anderen Grenzen Israels in der letzten Zeit relativ ruhig geworden, während in den entsprechenden Nachbarländern, vor allem in Aegypten und Syrien, die politischen Aktionen und Pressepolemiken an Intensität zugenommen haben. Die Kairoer Zeitungen haben in den letzten Wochen wiederholt Artikel veröffentlicht, aus denen man entnehmen konnte, dass ein neuer Krieg unvermeidlich sei. Die Zeitung „Al Gomhouria" schrieb u. a.: „Der Nahostkrieg könnte im Laufe des Jahres 1968 wiederaufleben, da eine friedliche Lösung der Frage unmöglich erscheint. Nicht als ob wir die friedliche Lösung ablehnen, sondern weil die Vereinigten Staaten und ihr Instrument Israel am Wege dauernd Hindernisse errichten".

Wie weit diese und ähnliche Erklärungen im Zusammenhang mit weiteren



Hilfsversprechen der Ostblockmächte stehen, muss dahingestellt bleiben. Jedenfalls war der jugoslavische Aussenminister Nikezik in Kairo, wo er über die Warchauer Verhandlungen der kommunistischen Länder berichtete, die eine Verstärkung der Hilfeleistungen zugunsten der arabischen Staaten in Aussicht gestellt haben.

Auch die offizielle Kairoer Zeitung „Al Ahram" sprach in letzter Zeit davon, dass ein neuer Krieg im Nahen Osten unvermeidlich sei, da eine politische Lösung nicht gefunden werden könne. „Keiner der beiden Staaten kann die Bedingungen des anderen annehmen. Aegypten ist das einzige Land das im kommenden Konflikt die militärische Führung übernehmen kann. Darauf werden wir uns auf wissenschaftlicher Grundlage vorbereiten", schreibt die Zeitung. Man müsse auch das grosse Wirtschaftspotential Israels berücksichtigen, das im wesentlichen durch das Ausland gestärkt werde, meint der Autor.

Aus Algier wurde inzwischen der Besuch des syrischen Innenministers Mohamed Id El-Chaui gemeldet, der geheime Besprechungen mit dem Präsidenten Boumedienne gehabt habe. Für die nächste arabische Gipfelkonferenz werden, so heisst es, Algier und Syrien eine Einheitsfront gegen die übrigen arabischen Länder formieren. Diese beiden Länder treten für eine gewaltsame Lösung der Nahost-Probleme, also für einen neuen Krieg ein. Nun ist es durchaus möglich, dass die zitierten Artikel der ägyptischen Zeitungen eine Reaktion auf diese neue Frontenbildung darstellen, um die Argumente, die Algier und Syrien gebrauchen, ihnen vorwegzunehmen.

Inzwischen bemüht sich Nasser, die ihm durch den verlorenen Krieg gegen Israel entwundene Führung der arabischen Staaten wieder zu übernehmen. Sein Aussenminister Riad besucht sechs arabische Hauptstädte und übergibt überall Sonderbotschaften Nassers, die in erster Linie die Freundschaft zwischen diesen Ländern reparieren soll, die der harten Belastungsprobe der militärischen Niederlage nicht standhielt. Dass hierdurch eine Klärung der Lage herbeigeführt werden könnte, ist nicht anzunehmen.

Der eigentliche Nutzniesser der permanenten Krise ist die Sowjetunion, die ihren Einfluss im Orient erheblich erweitern konnte. Allmählich beginnen die verschiedenen arabischen Länderü sich Klarheit über ihre eigene Lage und Abhängigkeit vom Kreml zu schaffen, dessen koloniale und imperialistische Prinzipien und Methoden viel rigoroser als die irgendwelcher westlicher Mächte sind. Die Umklammerung und Verschuldung Aegyptens an Russland hat Formen angenommen, die es selbst einer stärkeren als der heutigen ägyptischen Regierung schwermachen würden, sich aus dieser Umarmung zu lösen.

Ein wichtiger politischer Faktor für die weitere Entwicklung stellt auch die Reise des israelischen Ministerpräsidenten Levi Eshkol nach den USA und Kanada dar, durch welche die Freundschaft der grossen Westmächte zu Israel eine Auffrischung erhalten hat. Wenn es auch nicht ausgeschlossen ist, dass hierdurch die Gegensätze zwischen den „Parteien" vertieft werden, so besteht doch andrerseits die Möglichkeit, dass die Annäherung auch im Kreml zu konstruktiven Ueberlegungen Veranlassung geben kann. Die ablehnende Haltung, die der Ostblock auf russisches Verlangen im letzten Jahr angenommen hat, könnte sich auflockern, einfach deshalb, um die befürchteten Einflüsse der Amerikaner in dieser Zone herabzusetzen, die keinesfalls nur auf Israel begrenzt sind.

Wohl selten war die Lage in Nahost so undurchsichtig wie im Augenblick.

Die Seuchengefahr

von HORST WINCKLER

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner (SPD), ist mit harten Worten für ein Verbot der NPD eingetreten. Nach seiner Meinung wäre das Verbot dieser Partei ein legitimes Mittel, um der „NPD-Seuche oder NPD-Seuchengefahr" zu begegnen und alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen zu lösen. Wehner sagte u. a.: „Es geht nicht darum, mit juristischer Akribie Beweise für ein Verbot der NPD zu erbringen, sondern darum, die Wiederholung des schrecklichen Unglücks zu verhindern, das die NSDAP bedeutet hat".

Seit langem wird darüber gesprochen und debattiert, ob und welche Massnahmen von der Regierung gegen die Wiederkehr der Nazis unternommen werden sollen. Es ist richtig, dass sich die NPD dagegen wehrt, als Nazi-Partei bezeichnet zu werden. Ebenso richtig ist allerdings, dass nicht nur viele ihrer Mitglieder und Propagandisten alte PG's sind, sondern dass die meisten ihrer Parolen aus dem Schlagwörter-Arsenal des Nazismus entliehen wurden. Dies wurde bereits häufig in aller Breite erörtert, wobei viele sich davon überrascht zeigten, dass solche Thesen, Forderungen und Parolen selbst heute noch auf Wählermassen wirken. Die Tatsache jedoch ist nicht abzustreiten, dass bei den letzten Wahlen zu Landtagen und Stadträten die NPD grosse Erfolge erringen konnte, für die es nur die eine Erklärung gibt, dass der Mann auf der Strasse in steigendem Masse denen Gehör schenkt, die mit den alten „Idealen" operieren.

Ob die Aeusserung Wehners als eine Reaktion auf die immer wiederholten sowjetischen Vorwürfe zurückzuführen ist, in der Bundesrepublik hätten die alten und die neuen Nazis grossen Einfluss, ist nicht ersichtlich, aber möglich. Viele der letzten Entwicklungen, die der Beobachter mit wachsender Beunruhigung feststellen musste, unterstreichen den betrüblichen Eindruck, dass nazistisches Denken und Treiben bei weitem stärker hervortritt als noch vor wenigen Jahren. Dies findet in der Presse geringeren Niederschlag als in den hitleristischen Kampfzeiten. Dagegen rufen immer wieder bedenkliche Urteilsbegründungen auch dort die Aufmerksamkeit hervor, wo es sich nicht um politische oder NS-Verbrecher-Prozesse handelt, sondern um richterliche Stellungnahmen zu historischen Vorgängen der letzten Vergangenheit. Häufig werden auch nazistische Auffassungen von Lehrern bekannt, wobei sich die merkwürdigsten Fehlleistungen zeigen, die sich bei der Heranbildung der nächsten Generation nachteilig auswirken müssen.

Der Zapfenstreich für den 80jährigen Generalfeldmarschall von Manstein dürfte bewiesen haben, dass bis in die höchsten Stellen hinein die Vergangenheit nicht überwunden ist oder nicht diejenige Sorgfalt bei der Veranstaltung öffentlicher Feiern und Gedenktage angewandt wird, die in der schwierigen geistigen Situation nun einmal doppelt geboten ist, in welcher sich das Nachkriegsdeutschland befindet. Alle diese Hinweise deuten Symptome an, die als Einzelerscheinungen vielleicht nicht sonderlich beachtet sein mögen, in ihrer Gesamtheit aber doch auf eine Haltung schliessen lassen, die eine Wiederkehr bereits überwunden geglaubter Vorstellungen, Empfindungen und Auffassungen ankündigt. Wenn man dafür als Beweis das Erstarken der NPD anführt, dann kann man aus dem Abwägen von Ursache und Wirkung, die nicht unabhängig voneinander zu betrachten sind, sondern ihrerseits in einer Wechselwirkung stehen, zu dem Ergebnis gelangen, dass zumindestens die Gefahr — von Minister Wehner als „Seuchengefahr" bezeichnet — einer neuen nazistischen Welle vorhanden ist.

Keine Juden mehr in Aden

Die letzten Juden aus Aden wurden nach Israel gebracht. Die Massnahme wurde noch rechtzeitig durchgeführt, bevor Südjemen die Unabhängigkeit erhalten hat. Die Arabische Liga hat mit Südjemen ihr 14. Mitglied erhalten. Es ist anzunehmen, dass der neue Staat auch bald in die UN aufgenommen wird. In der neuen Republik gibt es verschiedene sozialistische Richtungen; bemerkenswert ist jetzt, dass es sich um die erste arabische Volksrepublik handelt. Nachdem England das Gebiet aufgegeben hat, besteht die hohe Wahrscheinlichkeit, dass in das Vakumm die Sowjetunion eintritt und damit auch in dieser Region eine Basis erhält.

Die Führer der neuen Republik haben noch vor deren Proklamierung verkündet, dass sie auch die Insel Perim besetzen und den Durchgang des südlichen Ausganges des Roten Meeres für Israel blockieren werden. Hierüber hat bereits in der UN-Generalversammlung eine Debatte stattgefunden, als die arabischen Staaten verlangten, dass auch Perim als Gebiet Südjemens anerkannt werde. Der israelische Delegierte Arje Ilan führte dazu aus, dass die Strasse von Bab el Mandeb frei bleiben müsse; er wies dabei auf die Rede von Abba Eban im Sicherheitsrat hin, dass die Wasserwege zum und aus dem Roten Meer offen bleiben müssten. Militärische Experten sind der Meinung, dass die Volksrepublik Südjemen gar nicht die Mittel besitze, um die Drohung gegen Israel auszuführen.

In Aden bestand die jüdische Gemeinde seit 2.000 Jahren, sie geht auf die Zeit zurück, da der Zweite Tempel zerstört wurde. Im Jahre 1937 hatte die Gemeinde noch 3.740 Mitglieder mit einer eigenen Synagoge und einer hebräischen Druckerei. In den letzten Jahren machte die Auswanderung rasche Fortschritte; in den letzten Monaten gab es dort nur noch 400 Juden, wo sie zufolge der ständigen Verfolgungen in einem kleinen Viertel unter dem Schutz der britischen Armee lebten. Sie alle sind zumeist nach Israel gebracht worden.

BEDINGUNGEN FÜR DEN FRIEDEN

Jerusalem. — Der UN-Emissär Gunnar Jarring wurde zu einem sechsten Gespräch mit Aussenminister Abba Eban aus Amman kommend erwartet. Die Berichte aus Amman und Kairo, dass Botschafter Jarring in den arabischen Hauptstädten spezifische Vorschläge zur Aufnahme von Friedensverhandlungen gemacht habe, wurden israelischerseits nicht bestätigt. Wie es hiess, seien diese Vorschläge von den offiziell von Israel als annehmbar angekündigten Bedingungen verschieden gewesen.

Der israelische Standpunkt gipfelte bisher in der Forderung nach direkten Verhandlungen mit den Arabern, der endgültigen Festsetzung der Grenzen, der Freiheit der Schiffahrt und anderen schwebenden Fragen, bevor Israel den Rückzug seiner Truppen aus den im letzten Krieg eroberten Gebieten in Betracht ziehen könne. (ITA)

Gegen Verjaehrung von NS-Verbrechen

New York. — UN-Generalsekretär U Thant ersuchte die Sozialkommission der UN, einen Entwurf auszuarbeiten, der die Verjährung von Naziverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit in allen Ländern untersagt.

Glückwunsch Shazars

Jerusalem. — Anlässlich des Neuen Jahres sprach Präsident Shazar den christlichen Gemeinden im Lande die Glückwünsche Israels aus. Er nahm die Gelegenheit hierzu wahr, als kirchliche Würdenträger zu einem Empfang in seinem Haus versammelt waren. Unter den Anwesenden befanden sich zwei Patriarchen, Erzbischöfe, Bischöfe und weitere zehn religiöse Führer. Nur der lateinische Patriarch fehlte, für dessen Abwesenheit die übrigen katholischen Geistlichen keine Erklärung geben konnten. (ITA)

Impreso en la Imprenta POLÍGLOTA — Rivadavia 831

Registro de la Propiedad Intelectual Nº 947 226